

# Aus den Berichten der preussischen Gesandten in der Schweiz 1833-1839

Autor(en): **Pfister, Alexander**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **8 (1909)**

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-112079>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus den Berichten der preussischen Gesandten in der Schweiz 1833—1839.

Von Alexander Pfister.

### Aus den letzten Berichten Otterstedts 1833—1835.<sup>1)</sup>

Der Vertreter des Königs von Preussen in der Schweiz, Oberstleutnant von Rochow, schrieb in den ersten Wochen seines Aufenthaltes in der Schweiz nach Berlin: „Infolge der verfeindeten Parteien sind meine Nachrichten über Flüchtlinge ein Gemisch von Lüge und Wahrheit, ein Gewebe von Lügen und Betrügereien, dass auch der Schein der Wahrheit verloren geht.“<sup>2)</sup> Dieses Zeugnis verdient, beachtet zu werden; es beweist, wie sorgfältig die Gesandtschaftsberichte aus dieser Zeit geprüft werden müssen. Ein solches Urteil ist nicht nur für die Meldungen über die Flüchtlinge massgebend, sondern mahnt den Historiker auch zur Vorsicht in der Beurteilung der politischen Berichte im allgemeinen. Mit besonderer Vorsicht dürften nun die Meldungen des Freiherrn von Otterstedt<sup>3)</sup> aufgenommen werden; denn dieser Diplomat residierte in Karlsruhe, und von dort aus sandte

<sup>1)</sup> Die Berichte Otterstedts im Kgl. Geheimen Staatsarchiv in Berlin: *Rep. 81, Bern. Acta der Gesandtschaft zu Bern. Politische Berichte an S. Majestät den König aus den Jahren 1832 bis 1835. Fascikel 22—24.*

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv (G. St.-A.) Berlin, Bericht Rochows vom 26. Okt. 1835.

<sup>3)</sup> Allgemeine Deutsche Biographie 57, Seite 731, siehe dort die Literatur. Georg Ulrich Ludwig Joachim Friedrich Freiherr von Otterstedt (1769—1850) entstammte einem alten märkischen Adelsgeschlecht. Seine Mutter war eine geborene v. Kleist. Er diente im preussischen Heere und erhielt im Jahre 1801 den gewünschten Abschied mit dem Titel eines Kapitäns. In dieser Berliner Zeit stand er mit der Rahel Levin, der späteren Frau Varnhagen von Ense auf sehr vertrautem Fusse; sie zeichnete ihre Briefe noch später als seine „olle Rihle“, nannte ihn Lonschonkaudesch und brachte ihm das „Mauscheln“ bei. Dieser Verkehr soll ihn den republikanischen Ansichten genähert haben; darauf zog er nach Paris. 1814 empfahl der Freiherr vom Stein ihn dem Generalgouverneur des Mittelrheins, Justus Gruner, und

er seine Berichte nach Berlin. Sie gründen sich allerdings auf Meldungen des Legationsrates von Olfers, der von 1831—35 in Bern weilte, und auf eine mehr oder weniger bedeutende Privatkorrespondenz mit einzelnen Politikern in den verschiedenen Städten der Schweiz. In den letzten Jahren erschien Otterstedt nur selten in unserm Lande, wenn wichtige Angelegenheiten diesen Gang geboten, so z. B. im Oktober des Jahres 1831, als der Neuenburger Konflikt sich zuspitzte. Die Eidgenössischen Stände besorgten damals, Otterstedt werde mit einer auswärtigen Intervention drohen; statt dessen dankte er dem Präsidenten der Tagsatzung für die Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Neuenburg.<sup>1)</sup> Damals und später war Preussen im allgemeinen bestrebt, die alten Bande Neuenburgs mit den Eidgenossen zu erhalten, und wenn die Haltung Pfuels mitunter auch auf Trennungsgelüste hindeutet, so mag er dazu von persönlichen Anschauungen und von den Neuenburger Führern bestimmt worden sein.<sup>2)</sup>

Bei seinem Besuche in Luzern im Jahre 1830 unterhandelte der Freiherr von Otterstedt mit dem Schultheissen *Joseph Karl Amrhyn*<sup>3)</sup> von Luzern; dieser versprach damals

---

er wurde Verwalter des Donnersberg-Departements. 1814 reiste er auch zu politischen Zwecken nach Wien. Er wusste sich überall einzuschmeicheln und erwarb besonders die Gunst der Könige Friedrichs I. und Wilhelms I. von Württemberg. 1815 wurde er preussischer Geschäftsträger in Frankfurt und soll auch mit Goethe und Willemer verkehrt haben. Durch „einige Dreistigkeit“, wie er sagte, und mit Hilfe der Rahel wurde er preussischer Vertreter in Darmstadt und Wiesbaden, dazu kam später die Vertretung in der Schweiz und 1823 in Baden; so zog er denn 1823 nach Karlsruhe. Unaufhörlich reiste „notre ami aux mille affaires“ wie die Diplomaten ihn nannten, zwischen den Höfen hin und her. In Berlin machte man sich über sein aufgeregtes Wesen, seine billige Wichtigtuerei, seine Geheimniskrämerei und seinen weinerlichen Ton lustig. In seinem Eifer gegen die Demagogie untersucht er die Schrift E. T. A. Hoffmanns „Meister Floh“ und sitzt Komst, diesem „wahrhaft teuflischen Demagogen“, auf den Fersen. Varnhagen betrieb seine Abberufung.

<sup>1)</sup> Baumgartner, J. Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830 bis 1850. Bd. I, 226.

<sup>2)</sup> Baumgartner, J. I, 480, 481.

<sup>3)</sup> Jos. Karl Amrhyn (1777—1848) war der Vater des Kanzlers Amrhyn (1800—1849). Sein Biograph Gisi sagt: Er war kein Mann von glänzenden Geistesgaben, dagegen ein unermüdlicher Arbeiter. (Allg. Deutsche Biographie I).

dem Gesandten, im Sinne Preussens zu wirken, d. h. gegen die Trennung Neuenburgs von der Schweiz, wie einzelne eidgenössische Orte sie forderten, zu reden. Sein Versprechen brachte Amrhyn in eine missliche, peinliche Lage. Der Grosse Rat von Luzern fasste am 12. Dezember 1831 Beschlüsse, die Luzerns Stellung zur Neuenburger Frage entschieden ausdrückten. Die Abgeordneten zur Tagsatzung erhielten Weisungen, die dahin lauteten: Neuenburg sei einzuladen, sich von fürstlicher Herrschaft auf gutfindende Weise frei zu machen; könne dies nicht geschehen, so solle Neuenburg aufhören, Kanton zu sein, mit dem Vorbehalt einer neuen, passenden Regelung seiner Verhältnisse zur Schweiz. Diese Instruktion widersprach den Bestrebungen Otterstedts und seinen Abmachungen mit Amrhyn; Preussen wünschte die bestehenden Verhältnisse beizubehalten und sah darin (im status quo) die Gewähr für Ruhe und Ordnung im Fürstentum Neuenburg. Nun aber das Verhängnis! Mit diesen Instruktionen musste Amrhyn als Vertreter Luzerns zur Tagsatzung gehen. Die Verlegenheit, in der er sich befand, ist verständlich; entweder musste er Otterstedt gegenüber wortbrüchig werden oder der Instruktion zuwiderhandeln. Er tat das letztere. Kasimir Pfyffer war als zweiter Gesandter mit Amrhyn an der Tagsatzung. Pfyffer war der Urheber der Instruktion und ermahnte Amrhyn, seine Pflicht zu erfüllen. Alles Zureden war vergeblich. Allerdings waren die Verhältnisse nun nicht ganz genau gleich geblieben; doch war in den Neuenburger-sachen keine so wesentliche Aenderung eingetreten, dass sich eine solche Haltung gerechtfertigt hätte. Kasimir Pfyffer liess die Sache nicht auf sich beruhen; er klagte darüber vor dem Grossen Rat in Luzern, und Amrhyn erntete ein Misstrauensvotum; er wurde einstweilen nicht wieder gewählt.<sup>1)</sup> Kanonikus Businger,<sup>2)</sup> ein Korrespondent des Gesandten Otterstedt, rühmt in einem Schreiben, Amrhyn habe sich in seiner Antwort brav gehalten. Kasimir Pfyffer seinerseits behauptet, Amrhyn habe sich im Grossen Rat nicht recht-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 17. Februar 1832. Vgl. Baumgartner I, 276.

<sup>2)</sup> Businger verfasste „Die Schweizerische Bildergalerie“, s. Pfyffer, K., Geschichte des Kantons Luzern, pag. 435.

fertigen können. Der preussische Gesandte aber anerkennt, dass Amrhyn sich für die Interessen Preussens geopfert habe. An seine Stelle trat Eduard Pfyffer, der in Begleitung seines Bruders Kasimir mit den nämlichen Instruktionen zur Tagsatzung ging, ohne jedoch im Sinne Luzerns zu wirken.<sup>1)</sup> Amrhyns Sohn war durch die Tagsatzung zum eidgenössischen Kanzler gewählt worden; leider unterhielt auch er Beziehungen zu Preussen, die zu seiner Stellung wenig passten.

Baumgartners Urteil über Amrhyn lautet: „Schultheiss Amrhyn war ein Mann von redlichem Sinne, treu ergeben dem Vaterlande, unermüdlich in seinem Dienste; aber ihm fehlten die wichtigsten Eigenschaften des Staatsmannes: Ruhe des Gemüts und besonnene Auffassung der Ereignisse. Seine Tätigkeit hatte etwas Fieberhaftes; in jedem Achselzucken eines auswärtigen Gesandten witterte er die Vorboten fremder Einmischung, in jeder, auch der erlaubtesten Regung der Opposition Aufruhr und Verrat.“<sup>2)</sup>

Die Neuenburger Angelegenheit lag in den Händen des Generals von Pful, und Otterstedt beschäftigte sich weniger eingehend mit dieser Frage, als man glauben möchte; doch äusserte er wiederholt seine Ansicht, dass er die Trennungsgedanken der monarchischen Partei in Neuenburg nicht billigen könne. Pful hingegen schloss am 17. Februar 1832 die Sitzung des gesetzgebenden Rates in Neuenburg, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, es werde der König in das Trennungsgesuch einwilligen; seine, des Gouverneurs persönliche Meinung sei, dass dieser Schritt durch die herrschenden politischen Lehren in der Schweiz notwendig geworden sei.<sup>3)</sup> Pful reiste darauf nach Karlsruhe zu Otterstedt; dieser schrieb dann nach Berlin: für die Mächte, die die Verfassung der Schweiz garantiert hätten, sei nun der Zeitpunkt vorhanden, um kräftig gegen die revolutionären Bewegungen in der Schweiz einzuwirken und

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Bericht vom 17. Februar 1832.

Vgl. Pfyffer, K., Sammlung einiger kleinern Schriften, pag. 294, Schweiz. Republikaner 1835, pag. 425, 440.

<sup>2)</sup> Baumgartner J., I, 249. Vgl. Baumgartners Urteil über Amrhyn als Präsident der Tagsatzung. Johannes Dierauer, St. Gallische Analekten V, 20.

<sup>3)</sup> Baumgartner, I, 254.

den Bewegungen daselbst Grenzen zu setzen. Die Vertragsmächte sollen vereint vorgehen, um die neuen Bestrebungen zu vernichten, die dem Langenthaler Verein entsprossen seien. Eine Kundgebung der Mächte in diesem Sinne sollte schon am 2. Juli bei der Eröffnung der Tagsatzung erfolgen. Auch Pfuel war nun dieser Ansicht. Der Gedanke der Trennung mochte durch die Vorstellungen Otterstedts über die diplomatischen Schwierigkeiten einer solchen Lösung dahingefallen sein. Sowohl Pfuel als Otterstedt meinten nun, das Ausland müsse gegen die Freunde der Verfassungsrevision einschreiten, besonders die kleineren Kantone<sup>1)</sup> würden dann von dem „Ergreifen einer für das Wohl der Schweiz so erspriesslichen Massregel überzeugt, gewiss bemüht sein, ihr in der ganzen Eidgenossenschaft Eingang zu verschaffen“. Somit hätten die Mächte dann nur die Aufgabe, auf die im Kampfe begriffenen Parteien versöhnend einzuwirken. Vor allem müsse die Presse geknebelt werden, „conditio sine qua non“; gegen die liberalen Professoren müssten die Behörden einschreiten, und der Bundestag solle zugleich in Süddeutschland „das Gift ausrotten“. Die Bildung eines Gegengewichtes zum Langenthaler Verein fand darauf im Sarnerbund seine Verwirklichung, vielleicht nicht ohne Einfluss des Auslandes. Otterstedt hatte, indem er mit Pfuel ein Aktionsprogramm entwickelte, nicht vergessen, dass der Erfolg durch ein einheitliches Auftreten aller Mächte bedingt sei.<sup>2)</sup> Diese Gedanken waren indessen zum Teil schon in einem Memorandum Metternichs an Preussen vom 23. Dezember 1831 enthalten.<sup>3)</sup> Als Metternich erfahren hatte, dass die Schweiz an einer neuen Verfassung arbeite, um den 15er

<sup>1)</sup> Uri berief die Sarnerkonferenz auf den 14. Nov. 1832 zusammen. In Langenthal waren angesehene Männer aus neun Kantonen am 25. Sept. 1831 zusammengetreten und hatten einen allgemeinen Schutzverein gegründet, der auf eine neue Bundesverfassung hinzielte. Die Sarnerkonferenz schob die Teilung Basels in den Vordergrund; geplant scheint diese Aktion früher gewesen zu sein; denn Otterstedt spricht Ende März 1832 von Bildung eines Gegengewichtes zum Langenthaler Verein. Chambrier, Pfuel und das Ausland scheinen die Bildung der Sarnerkonferenz hauptsächlich veranlasst zu haben. Vgl. auch Feddersen, pag. 143.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 30. März 1832.

<sup>3)</sup> Metternich, Nachgelassene Papiere V, 211 ff.

Vertrag zu ersetzen, hatte er sich noch mehr als Preussen bemüht, die Mächte zu einigen und zu gemeinsamem Handeln gegen die Schweiz zu bringen. In einem Memorandum des Jahres 1832 an die Mächte äusserte er dies sein Bestreben.<sup>1)</sup> Offener und unverhohlen waren seine Gedanken und Pläne in einem Schreiben an Neumann in London enthalten.<sup>2)</sup> Er schrieb: Depuis longtemps nous suivons avec une attention et un intérêt proportionné à l'importance de l'objet, les mouvemens intérieurs dont la Suisse est le théâtre. — La situation de ce pays sur la partie la plus intéressante de nos frontières, la valeur militaire et politique que, malgré son peu d'étendue, nous devons lui reconnaître dans le système général de l'Europe, n'ont pu nous laisser spectateurs indifférens de ces mouvemens. — Nous avons dû nous appliquer d'après cela à rechercher les causes d'une agitation, qu'aucun événement ne pouvait expliquer dans un pays heureux et tranquille jusqu'ici, en paix avec ses voisins, participant à tous les avantages de l'association européenne, et dispensé seul, par la reconnaissance de sa neutralité perpétuelle, qui lui impose l'heureuse obligation de rester étranger à toutes les complications extérieures des charges que fait peser d'autres Etats le maintien de cette association. —

Metternich fährt dann fort: in der Schweiz mache sich fremder Einfluss geltend, doch mehr mit militärischen als mit politischen Absichten, und die politischen Umwälzungen hätten die Ausführung der militärischen zum Ziele. Schon die gleichzeitige Revolution in der Schweiz (1830) wie in Frankreich, Italien und Deutschland habe diesen Verdacht geweckt, und unzählige Beweise begründeten Metternichs Ueberzeugung „que la Suisse est destinée à servir de principal instrument dans la lutte que le parti qui dirige aujourd'hui ce pays tend, ouvertement en temps de guerre, sourdement en temps de paix, à engager avec les Gouvernemens et l'ordre social existans; qu'elle est destinée enfin à favoriser les projets de la France révolutionnaire sur l'Italie, à réaliser le plan chimérique d'une union entre ce

<sup>1)</sup> Baumgartner, I, 328.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Vienne le 2 Février 1833 (Copie).

dernier pays, entraîné dans son orbite et le parti révolutionnaire du midi de l'Allemagne.

Metternich führt dann aus: Machtlos, wie die getrennten Kantone es bisher waren, konnten sie das Ziel nicht erreichen; die Konzentration ist dazu die notwendige Vorbedingung — diese soll durch den neuen Bundesvertrag erfolgen. Es ist das Endergebnis der Verfassungsänderungen seit 1830. Es liegt nun Oesterreich daran, die Ansichten Englands zu vernehmen, „d'apprendre s'il ne pense pas avec nous qu'une Suisse constituée d'après le nouveau pacte ne remplirait plus sa vocation européenne, et que sa nouvelle position ne porterait plus ce caractère inoffensif qui lui a valu, de la part de toutes les Puissances, le bienfait exclusif d'une neutralité perpétuelle.

. . . . La Suisse vouée en temps de paix, par la nouvelle organisation projetée, aux dissensions intestines, doit en temps de guerre, redevenir un instrument entre les mains d'une Grande Puissance conquérante et parcourir de nouveau à cet effet“, (wie in der Zeit der Revolution).

„Nous ne disconvenons pas, qu'intéressés autant que nos alliés, au maintien du système Européen, nous le sommes principalement à la conservation de cette partie importante de l'ensemble. Si l'Autriche 1813—14 et 15, dans la vue d'assurer une longue durée à la paix générale en prevenant les complications que son contact immédiat avec la France a rendu jadis si fréquentes, a renoncé sans peine à la Belgique et à ses possessions allemandes limitrophes de la France, elle a compté en premier lieu sur la neutralité de la Suisse garantie jusqu'ici par son organisation intérieure, plus que par les traités, pour atteindre ce but salutaire. —

Gegen das Ende seiner langen und bemerkenswerten Ausführungen erklärt er noch, Oesterreich grenze mit zwei Provinzen an die Schweiz, und er helfe seiner Partei in der Schweiz nur, wenn die Gegenpartei unterstützt werde. Wir (Oesterreich) wollen uns in diesem Lande nicht einmischen, „mais nous croyons que des conseils à la fois bienveillans et sévères sont permis aux Puissances qui ont traité la Suisse avec une predilection marquée.“



Wohl selten ist der Gedanke Metternichs über die Politik in der Schweiz in den gedruckten Quellen so treffend und klar ausgedrückt, die Eifersucht und das Misstrauen gegen das Frankreich des Bürgerkönigs so klar gezeichnet, insofern es die Beziehungen zur Schweiz betrifft. Diese Gegensätze zwischen Frankreich und Oesterreich bestanden zum Glücke der Schweiz und dauerten noch Jahre lang fort. Diesem Schreiben Metternichs an Neumann war noch eine Denkschrift beigelegt; darin hiess es u. a.: Lucerne est l'endroit le plus corrompu de la Suisse, le siège des avocats, des folliculaires et pamphlétaires de tout espèce; parmi ses habitants, peu aisés ou réduits dans leur fortune, on en trouverait guères, et toute la Suisse le sait, qui ne se prêtassent à tout pour de l'argent. Da die Stadt katholisch ist, würde man sonst Luzern nicht zum Bundessitz erwählen. Alles sei nur berechnet, um die Macht des Landammanns zu mehren. Die Souveränität der Kantone werde im neuen Entwurf überall verletzt. Die Annahme der Verfassung führe zum Bürgerkrieg und zur Intervention, da die Mächte nur 22 Kantone anerkannt hätten.<sup>1)</sup> Dann heisst es noch in der Denkschrift weiter „la Suisse ainsi organisée devient un instrument entre les mains de la France revolutionnaire et conquérante“. Preussen war inzwischen auf den Gedanken Otterstedts und Pfuels eingetreten; es hatte in Paris den neuen Bundesvertrag oder die projektierte Bundesverfassung missbilligt, und nun erschien auch der österreichische Gesandte in Paris beim Herzog von Broglie, um Frankreich für den Plan Metternichs zu gewinnen. Der Herzog von Broglie, seit dem Oktober 1832 Minister des Auswärtigen, war durch viele Bande mit der Schweiz verbunden; er war der Schwiegersohn der Madame de Staël.<sup>2)</sup> Von diesem

<sup>1)</sup> Zellweger schreibt auch an Lassberg am 17. März 1832: „Ich erwarte, wir werden bald zwei Schweiz haben, vielleicht gar den Bürgerkrieg, dann Intervention und wenigstens den Verlust der Unabhängigkeit als Strafe für die Vergehen beider Parteien und die Irreligiosität des Volkes.“ Vgl. Jahrbuch für schweizerische Geschichte XVI, 1891.

<sup>2)</sup> Ihre Tochter Albertine war seit Februar 1816 mit dem Herzog de Broglie vermählt. Die Hochzeit hatte in Pisa stattgefunden. Zürcher Taschenbuch 1890, pag. 148 u. 150: Die Briefe der Frau von Staël an Jakob Heinrich Meister, hsg. v. Prof. H. Breitingen.

Minister und auch von England hatte die Schweiz keine ernstliche Einsprache gegen die neue Verfassung zu erwarten. Broglie erklärte vielmehr, er sehe in diesem neuen Vertrag nicht die Gefahren, die die Gegner des Werkes befürchteten.<sup>1)</sup> Wien, Berlin und Petersburg befahdeten somit allein die Bundesrevision; doch trat ihnen Frankreich mitunter recht kräftig entgegen, und das französische Ministerium hatte in der Person des Grafen von Rumigny einen eifrigen Vertreter in der Schweiz. Baumgartner sagt von ihm: „Rumigny war milden Sinnes, weit mehr frei von Anmassung, als es die französischen Agenten in der Schweiz sonst zu sein pflegen. Er beobachtete zwar den Gang der schweizerischen Umgestaltung, freute sich jeden soliden Erfolges, doch ohne die Magistraten der neukonstituierten Kantone so oder anders leiten oder zügeln zu wollen.“<sup>2)</sup> Von der Stellung Frankreichs zur Schweiz sagt er aber: „Je mehr man in solches diplomatische Getriebe hineinstarrt, desto schwerer wird, zu glauben, dass Frankreich nicht unlautere Absichten gehabt und die Verlegenheit der östlichen und südlichen Staaten viel lieber sah, als die Schweiz.“<sup>3)</sup> Auch Feddersen spricht von einer scheinliberalen Maske des französischen Kabinetts.<sup>4)</sup> Die Berichte Otterstedts an das preussische Ministerium widerlegen im allgemeinen diese Urteile und ergänzen und berichtigen die neuen Forschungen auf diesem Gebiete. Für Otterstedt war Rumigny selbstverständlich eine ganz andere Persönlichkeit, sagen wir: ein Greuel. Der französische Gesandte musste natürlich ein Jakobiner sein und stand als solcher mit den schweizerischen Genossen gleichen Namens im Bunde, und diese wieder wurden von Paris aus geleitet.<sup>5)</sup> Rossi und seine Mission wurden damit in Zusammenhang gebracht, und Rumigny — so behauptet Otterstedt — hoffe viel Gutes von der Sendung Rossis nach Paris und habe drei Personen in Zürich den

<sup>1)</sup> Stern IV, 607.

<sup>2)</sup> Baumgartner I, 322.

<sup>3)</sup> Baumgartner I, 402.

<sup>4)</sup> Feddersen, Geschichte der schweiz. Regeneration, pag. 222.

<sup>5)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 12. August 1833.

Rat gegeben, Muralt zum Landammann zu wählen.<sup>1)</sup> Eine Verbindung der Parteigenossen bestand unzweifelhaft, und Odilon Barrot soll jedes Jahr vor der Eröffnung der Kammer die Genossen in der Schweiz angefragt haben, ob sie über das französische Ministerium etwas zu klagen hätten.

Im Sommer 1833, als die Ostmächte kräftig gegen die neue Verfassung wirkten, den Sarnerbund guthiessen und ihn auch unterstützten, trat Rumigny offen im Sinne der Liberalen auf; wie Olfers meldet, schrieb Rumigny an einen Zürcher, die Tagsatzung solle auf der betretenen Bahn mutig und rasch vorwärts schreiten. Das diplomatische Korps zerbreche sich seit einiger Zeit die Köpfe, ob es zur ordentlichen Tagsatzung in Zürich erscheinen solle oder nicht. Er selbst sehe nicht ein, warum er nicht dabei sein sollte, wenn die Tagsatzung nach den Formen und Vorschriften des Bundesvertrags von 1815 einberufen werde.<sup>2)</sup> Nach den Berichten Otterstedts befürwortete Rumigny die neue Bundesverfassung im Wallis, und Bombelles gegenüber, der sich gegen das neue Projekt äusserte, warf er ein: „Also wollt ihr den Bürgerkrieg.“<sup>3)</sup> Der Herzog von Broglie rühmte die Energie der Tagsatzung und erklärte: „Es ist Sache der Schweizer, ihre eigenen Zwistigkeiten allein zu schlichten.“<sup>4)</sup>

Karl von Tavel, der bernische Abgeordnete zur Tagsatzung, erklärte — wie Otterstedt zu melden weiss — gegenüber den sich versammelnden Abgeordneten der regenerierten Kantone, er werde den Eid auf die alten Bundesakte nicht leisten; „man denke sich den Schrecken des Präsidenten, der seine Rede schon mit soviel Legalität ausstaffiert hatte“, fährt der Gesandte fort. Die Gesinnungsgenossen bewogen ihn, von seinem Vorhaben abzustehen; „er soll aber, wie mich ein bisherig äusserst zuverlässiger Korrespondent versichert, mit einer echt jesuitischen Ausflucht im Handschuh ge-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 7. Juni 1833.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 20. Mai 1833. Brief von Olfers in Bern.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 2. Juli 1833.

<sup>4)</sup> Stern, IV, 373.

schworen haben.“<sup>1)</sup> Der Präsident wusste von dem Vorhaben und ignorierte dieses Benehmen.<sup>2)</sup> Andererseits tröstete sich Otterstedt mit der Meldung, die Berichte Rossis aus Paris lauteten nicht gar günstig für das neue Verfassungsprojekt; Rumigny unterstütze es auch nur heimlich, und öffentlich rate er, am 15er Vertrag die nötigen Reformen vorzunehmen; das heisse, man solle Vorsicht walten lassen und unter dem Deckmantel der Legalität vorgehen.<sup>3)</sup> Rumigny reiste — wie Otterstedt meldet — auch zum Herzog von Dalberg, um dessen Fürsprache für das neue Werk zu erlangen; doch fügte Otterstedt hinzu, dem Herzog habe er selbst geschrieben, er werde sich also wohl nicht für diese Sache gewinnen lassen.<sup>4)</sup>

Von den ausländischen Vertretern erschien nur Rumigny zur Eröffnung der Tagsatzung. Der britische Gesandte hatte sich von den andern zurückhalten lassen; es war zudem die Zeit, da das Ministerium des Herzogs von Wellington seinen Krebsgang angetreten hatte. Nach den Berichten Otterstedts wurden darum von Tavel und einem englischen Methodisten gegen Morier Intriguen gesponnen, und zugleich suchte Rossi von Paris aus den Lord Kanzler für den neuen Verfassungsentwurf zu gewinnen.<sup>5)</sup>

Am 7. Juli 1833 verwarf Luzern die neue Verfassung. Klerikaler Einfluss hatte entscheidend mitgewirkt. Otterstedt meldet darauf, Rumigny sei durch das Ergebnis wie ausser sich gewesen und habe erklärt, der neue Bundesvertrag müsse zustande kommen; auf seinen Rat hin müsse in Luzern eine neue Abstimmung angebahnt werden. Ru-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 3. Juli 1833.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 4. Juli 1833.

Den gleichen Ausweg suchte Tavel auch als Präsident der Tagsatzung am 7. Juli 1835 in Bern. Republikaner 1835, pag. 267.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 4. Juli 1833.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 4. Juli 1833.

<sup>5)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 8. Juli 1833.

Vgl. Baumgartner I, 420 und das Urteil über Rossi bei Baumgartner I, 402.

Von Morier sagt Baumgartner: „ein Mann von seltener Reinheit des Charakters, friedlichen Sinn um sich verbreitend, wohin immer sein bescheidenes Wort reichte.“ Baumgartner I, 322.

migny habe sodann mit Eduard Pfyffer, der einige Tage zuvor an der Tagsatzung von der guten Stimmung in Luzern mit soviel Zuversicht gesprochen hatte, eine Beratung gehabt, dann sei Pfyffer nach Luzern abgereist. Als Hirzel dem Zürcher Regierungsrat vorschlug, nun auf die Mediationsakte zurückzugehen und sie schnell herzustellen, habe Rumigny seine Abneigung gegen dieses Werk bekundet; um äusserlich als Freund der Eintracht zu erscheinen, habe der französische Gesandte Muralt gebeten, die Würde eines Landammannes zu übernehmen.<sup>1)</sup> Es ist schwer zu prüfen, wie weit alle diese Berichte mit der Wahrheit übereinstimmen. Leider berichtet Otterstedt auch nicht genauer, welche Rolle er und seine Helfer und Helfershelfer wie Businger u. a. bei der Abstimmung in Luzern spielten. Sein Urteil über die Tätigkeit der Radikalen und über die Tagsatzung, die am 4. und 5. August nach dem Kampf bei Pratteln die Besetzung Basels und der Landschaft beschloss und Dufour mit der Ausführung betraute, fasste Otterstedt in den Worten zusammen: Dass die revolutionäre Partei in der Schweiz bemüht ist, die Tagsatzung zu veranlassen, nicht die Wege der Mässigung in den Wirren zu gehen, beweist diese Strenge gegen Basel und Nachsicht gegen die Landschaft.

„Dass die jakobinischen Clubs, die sogenannten Freischaaren, die demagogischen Flüchtlinge in der Schweiz wie die Polen daselbst, verbunden mit den exaltierten Eingeborenen, wie Troxler, Blarrer etc. etc. besonders darauf wirken, um die Tagsatzung zu einem Handeln in ihrer Tendenz zu veranlassen, kann keinem Zweifel unterliegen“.

Der Trennung Basels folgte die Ausflösung der Sarnerkonferenz (12. August). Neuenburg aber bestand auf Trennung von der Schweiz, trotzdem Oesterreich diesen Gedanken missbilligte und der König Friedrich Wilhelm III. die Neuenburger mahnte, von diesen Begehren abzustehen. Pfuel eilte nach Neuenburg, um die Monarchisten umzustimmen und die Beschickung der Tagsatzung zu fordern.<sup>2)</sup> Die Tagsatzung drohte — wie Otterstedt schreibt — auf Anraten

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 15. Juli 1833.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 19. August 1833.

Rumignys, Neuenburg rasch besetzen zu wollen. Der französische Botschafter soll den eidgenössischen Behörden zu verstehen gegeben haben, dass die Schweiz im Notfall auf Frankreich hoffen dürfe, dem Neuenburg nichts anders sei, als ein schweizerischer Kanton. Otterstedt und Olfers, der Geschäftsträger in Bern, kämpften immer gegen Rumigny an, und nicht ohne ihre Einwirkung trat eine Wendung ein.<sup>1)</sup> Neuenburg erschien zur Tagsatzung, und die 6000 Mann, die unter Dufour bereit standen, um Neuenburg zu besetzen, konnten entlassen werden.<sup>2)</sup>

Nach den Berichten Otterstedts hätte Rossi in dieser Zeit den Rat erteilt, die Schweiz solle sich an das starke Frankreich anschliessen, um durch „arbiträre Massregeln das System zu stützen“, und nachher solle es dann legalisiert werden. Rumigny soll darauf im Vertrauen geantwortet haben, dass die Schweiz unter dem Schutze Frankreichs von den nordischen Mächten nichts befürchten müsse.<sup>3)</sup>

Im September des Jahres 1833 tagten der Zar und Kaiser Franz in Münchengrätz und berieten den Entwurf eines Vertrages, der sich gegen die Westmächte, gegen Frankreich und dessen revolutionäre Propaganda richtete, wobei das Recht und die Pflicht der Einmischung ausgesprochen wurden. Diesem Vertrag trat Preussen bei, indem einzelne Bestimmungen abgeschwächt wurden. Der Inhalt dieser Abmachung wurde durch die Vertreter der Mächte dem Herzog von Broglie mitgeteilt. Den Vorwurf, die Revolution begünstigt zu haben, wies er zurück; das Recht der Einmischung liess er nicht im ganzen Umfange gelten, und er nannte die Schweiz und Belgien Länder, in denen Frankreich um keinen Preis eine Einmischung dulden werde.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 8. September 1833.

<sup>2)</sup> Stern IV, 370.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 6. September 1833.

Auch den Protest des Vorortes gegen Schaffhausen wegen des Postvertrages mit dem Fürsten von Thurn und Taxis soll Rumigny bewirkt haben. Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 28. Februar 1834.

<sup>4)</sup> Stern, A. Geschichte Europas etc. IV, 387 f. Vgl. Hillebrand, Karl, Geschichte Frankreichs von der Thronbesteigung Louis Philipp's bis zum Falle Napoleons III. Bd. I, 608 ff.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass das Ministerium Broglie und zeitweise auch Rigny den festen Rückgrat der Schweiz bildeten und dass die Aktionspläne der Ostmächte immer wieder an der Politik Frankreichs scheiterten. Das bewies auch das Jahr 1834.

Schon der Januar brachte durch den Savoyerzug eine unerfreuliche Verwicklung mit den Mächten.<sup>1)</sup> Dieses leichtsinnige Unternehmen bewies dem Fürsten Metternich, wie richtig er (in seinem Schreiben an Neumann) prophezeit hatte. Es gab ihm Gelegenheit, gegen die Schweiz vorzugehen. Seine Note traf zuerst beim Vororte ein, und zugleich kam auch ein österreichischer Polizeiaгент als „Spitzel“ nach der Schweiz.<sup>2)</sup> Melchior Hirzel ersuchte, als Haupt des Vorortes, die Kantone, die Teilnehmer am Zuge sofort auszuweisen; doch Bern widersetzte sich dieser Verfügung. Inzwischen liefen die Noten Sardiniens und der süddeutschen Staaten ein. Sie verlangten die Ausweisung der Flüchtlinge, die auf „direkte oder indirekte Weise“ zur Störung der Ruhe mitgewirkt hätten. Die preussische Note forderte die unverzügliche Ausweisung aller Flüchtlinge, auch wenn sie nur „indirekt zur Störung der Ruhe gewirkt und noch wirken.“ Und auf dieses Verlangen kamen Ende April auch die deutschen Grenzstaaten zurück.<sup>3)</sup> Otterstedt dürfte dabei mitgesprochen haben. Nur Frankreich stand entschieden zur Schweiz.

Der Herzog von Broglie erklärte dem schweizerischen Gesandten, er werde die Schweiz gegen „übertriebene Ansprüche fremder Mächte schützen“.<sup>4)</sup> Und anfangs Mai ging im diplomatischen Korps das Gerücht, Rumigny sei instruiert, gegen die Noten der Mächte Stellung zu nehmen. Der badische Minister Türkheim befragte darüber den Grafen

---

<sup>1)</sup> Stern, IV, 396; Treitschke IV, 603.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 26. März 1834.

<sup>3)</sup> Stern, IV, 397 u. 398.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 15. Mai 1834. Auch Palmerston warnte die deutschen Staaten vor Zwangsmassregeln, siehe Treitschke IV, 104.

Mornay, den französischen Residenten in Karlsruhe; dieser wies darauf Depeschen vor. „Darin wird von der Schweiz mit Bestimmtheit gedacht und über die Noten gesagt, dass durch die Art, wie sie geschehen, die Nationalität beleidigt und in Aufregung gebracht worden.“ So — fährt Otterstedt fort — unterstütze Frankreich die Revolution in der Schweiz und verfolge sie in Paris.

Broglie war inzwischen am 1. April 1834 durch den Admiral de Rigny ersetzt worden. Metternich hoffte, Frankreich werde nun den Ostmächten die Hand reichen und eine einheitliche Aktion in der Schweiz ermöglichen.<sup>1)</sup> Werther, der ~~österreichische~~ <sup>preussische</sup> Vertreter in Paris, hatte mit dem König und seinem Minister verschiedene Unterredungen, und es scheint, dass Broglie in der Hauptsache als „Sündenbock“ hingestellt worden ist.<sup>2)</sup> In Wahrheit trat der Admiral de Rigny in dieser Frage in die Fusstapfen Broglies, und er täuschte auch Otterstedt in seinen Hoffnungen, denen er in einem Berichte folgenderweise Ausdruck verlieh: Will das französische Gouvernement mithin, was gewiss in seinem wahren Interesse liegt, nicht wie bis daher in einer willigen Opposition mit den allerhöchsten Mächten in der Schweiz handeln, und nicht fortfahren, das revolutionäre Gewirre daselbst zu unterhalten, so ist die Entfernung des Grafen Rumigny von seinem Posten unumgänglich nötig.<sup>3)</sup> Er konnte sich bald überzeugen, wie sehr er sich getäuscht hatte.

Im Juli erschien der Graf Mornay beim badischen Minister in Karlsruhe und las diesem eine Depesche Rignys vor „worin dieser nicht allein seine Verwunderung, sondern auch sein Bedauern ausgesprochen habe, dass der Grossherzogliche Badische Hof sich zur letzten unerwarteten Note an den eidgenössischen Vorort entschlossen habe, indem — wenn gleich das Pariser Kabinet durch die Königlichen Bairischen und Württembergischen Noten überrascht worden seye, diese doch der Badischen an Inhalt und Ton sehr

1) Stern, IV., 399.

2) Hillebrand I. 610.

3) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, 20. Mai 1834.



nachständen.“ Ferner — so berichtet Otterstedt — habe er (P. O.) sich verwundert, dass diese Staaten sich durch Oesterreich beeinflussen liessen, weil dieser Hof dabei nur Gelegenheit gesucht und gefunden habe, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Minister Reitzenstein erwiderte, es sei ihm unbegreiflich, wie die französische Regierung dazu komme, eine solche Stellung einzunehmen. Die drei genannten Staaten hätten diese Schritte zur Selbsterhaltung unternommen und dementsprechend auch die Massregeln getroffen. Die befriedigende Antwort des eidgenössischen Vororts habe die Ausführung der Bestimmungen unnötig werden lassen; sie würden aber sofort in Kraft treten, wenn die Tagsatzung nicht Massnahmen treffe, um friedliche Angriffe zu vermeiden. Die Note habe er — Reitzenstein — selbst verfasst.<sup>1)</sup> Das war von Seiten Frankreichs kein „zweideutiges Wohlwollen und keine trügerische Stütze.“<sup>2)</sup>

Von Interesse ist auch ein Bericht Otterstedts, in dem er die Aussagen eines Kaufmannes wiedergibt, der dem Gesandten die Eindrücke seiner Reise nach Basel, Bern, Luzern, Zürich und Schaffhausen schildert: Die Ultra-Patrizier und Gemässigten wünschen ihrem Lande Ruhe und haben den dermaligen Zustand der Dinge in der Schweiz bis zum Ueberdruss satt. Nach ihrer Anschauung kommt alles Unheil von Frankreich. „Sie hassen mithin dieses Land und verachten die Regierung, was mit der Person des Grafen Rumigny besonders der Fall ist.“ Die Zahl der Radikalen nimmt ab. Die Magistrate der regenerierten Kantone, die wie Louis Philipp ihre Stellung der Revolution verdanken, suchen ihren Stützpunkt in Frankreich zu erhalten, da sie keinen anderen haben, obwohl das dermalige französische Regierungssystem ihnen ein Greuel ist und sie nur in der Republik Heil sehen. Diese Stimmung werde durch die demagogischen Flüchtlinge unterhalten. Man solle sich aber nicht täuschen; „diese Frechheit sei nicht Mut, sondern eine letzte Anstrengung gegen Wien. Alle Gutgesinnten, gewiss  $\frac{4}{5}$  der Schweiz sehen dem Moment, da die Mächte diesem Zu-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 4. Juli 1834.

<sup>2)</sup> Feddersen, pag. 197 u. 199; Schmidt, H., pag. 87; Treitschke IV, 630.

stand ein Ende bereiten, gerne entgegen“ — so der Gewährsmann Otterstedts am 5. Juni 1834.<sup>1)</sup>

Mit Ende Juli beginnt eine neue Phase im politischen Kampfe der Schweiz mit den Ostmächten.

Das Fest im Steinhölzli vom 27. Juli 1834 und das Benehmen der Flüchtlinge in der Schweiz gaben den Ostmächten von neuem Anlass, die eidgenössischen Behörden mit Noten zu bestürmen. Auch Otterstedt bemerkte in seinen Berichten an den König, man müsse darauf dringen, dass Massnahmen gegen die Flüchtlinge ergriffen würden. Baden traf schon Verfügungen, Württemberg zögerte noch und sagte, solche Schritte gingen gegen die Bundesurkunde. In Bern traf unterdessen die Note Metternichs ein, und sie erzeugte eine grosse Bewegung der Gemüter. Rumigny hatte noch immer seinen Einfluss bewahrt; an der Tagsetzung hatte er noch versucht, die Besprechung der Flüchtlingsfrage (oder deren Ausweisung) zu verhindern. So meldete Olfers.<sup>2)</sup> Auch der Aufstand in Lyon wurde mit den Handwerkervereinen in Beziehung gebracht; Louis Bonaparte sei schon bereit, den Erfolg dieser Revolution auszubeuten und als Konsul in Frankreich einzuziehen; auch Dufour, der mit Louis Bonaparte in grösster Intimität lebe, sei des Komplottes in der Lyoner Sache verdächtig.<sup>3)</sup> Das badische Ministerium habe befohlen, den Professor Weissberger (?) von Konstanz, der mit Bonaparte nach Bern gereist sei, zur Rechenschaft zu ziehen.<sup>4)</sup> Metternich wusste zu dieser „Dichtung und Wahrheit“ noch manches beizutragen. Wie er meldete, hätten die Radikalen der Schweiz auch in Spanien und Portugal Verbindungen angeknüpft, und ihr Einfluss mache sich auch dort geltend. „Nicht nur werden die deutschen Handwerker in der Schweiz, sondern auch in andern Nationen täglich mehr bearbeitet, und die Zahl der Verführten soll sich so vermehren, dass die Leiter

---

1) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 5. Juni 1834.

2) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 22. Juli 1834.

3) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 16. Mai 1834; über den Lyoner Aufstand siehe Stern IV, 584.

4) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 24. Mai 1834.

der revolutionären Bewegungen in Bälde einen mit Erfolg gekrönten Hauptcoup wagen zu dürfen hoffen.<sup>1)</sup> Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war schon erfolgt. Aber auch jetzt noch sah Frankreich nicht stillschweigend zu, und mit Grund sprach der Schultheiss Tschärner bei Eröffnung der Wintersitzung des Grossen Rates in Bern „von mächtigen Freunden und Stützen ausser der Eidgenossenschaft“. Und nicht mit Unrecht — entgegen dem, was Stern in seinem vorzüglichen Werke irrtümlich behauptet — schrieb Metternich an Apponyi nach Paris: „Alles beweist uns, dass sie (die französische Regierung) auch heute noch die Werke der Propaganda im Ausland begünstigt.“ Einen offenen Krieg konnte sich das französische Ministerium wegen der Politik Berns nicht wünschen; aber auf diplomatischem Wege stand es noch immer zu den Radikalen in der Schweiz. Bombelles vermutete auch richtig, dass der Widerstand Berns zum grossen Teil dem bösen Spiel Rumignys zuzuschreiben sei und dass das französische Ministerium dieses vorschreibe oder mindestens dulde.<sup>2)</sup> Es ist wohl anzunehmen, er habe instruktionsgemäss gehandelt.

Am 27. Oktober 1834 erschien Mornay neuerdings beim badischen Minister Türkheim mit einem Schreiben Rignys, worin es hiess, „dass er die Verordnung der grossherzoglichen Regierung gegen die Badischen Handwerker in der Schweiz nicht allein für überflüssig, sondern sogar für nachteilbringend halte, indem keine Ursache zu Massnahmen dieser Art vorliegen; das Benehmen der Berner Regierung sei musterhaft, und die Ordnung werde daselbst so gehandhabt, dass er nicht einzusehen vermöge, warum Baden sich zu dieser Handlungsweise entschlossen.“ Mornay forderte Türkheim auf, einen unparteiischen Mann nach der Schweiz und Bern zu senden und sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Der badische Minister antwortete darauf: Man wisse in Karlsruhe recht gut, was man getan habe. Otterstedt fügt diesem Bericht bei: Dieser erneute „Beweis von Anmassung

---

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 29. Oktober 1834.

<sup>2)</sup> Stern IV, 613, Bericht Brockhausens, Wien 25. Oktober 1834.

und Unverschämtheit“ grenzt wirklich an das Unglaubliche. Was ist zu erwarten, wenn Bern Vorort wird?<sup>1)</sup>

Anfangs November trat die Wendung ein. Frankreich lenkte ein. Die tieferen Gründe dieser Haltung können nicht angegeben werden. Schon die Stellung Rumignys zum Berner Memorandum liess auf einen Wandel der Gesinnung oder des politischen Handelns schliessen. Dabei mochte die französische Regierung vom König Louis Philipp oder von der Liebe zum Frieden beeinflusst sein.<sup>2)</sup> Ein Hauptgrund scheint der politische Wechsel in England zu sein. Am 14. November 1834 wurde das Ministerium Melbourne entlassen und Wellington an die Spitze berufen. Die Konservativen auf dem Kontinent jubelten dem König Georg III. zu, und Metternich hoffte, das neue Ministerium werde zum „Rettungsanker des sozialen Körpers.“<sup>3)</sup> Er meinte, nun werde Morier abberufen werden oder Instruktionen erhalten, um mit Bombelles Hand in Hand zu wirken; Rumigny werde dadurch isoliert. Das durfte Frankreich nicht geschehen lassen; denn die Schweiz wurde damals im Pariser Kabinett stets als französische Interessensphäre, als ein Gebiet, über das Frankreich seine Fittiche ausstrecken müsse, betrachtet. Es durfte sich nicht kalt stellen lassen, sondern musste einlenken und unterhandeln. Der Bürgerkönig bedeutete damals noch wenig; doch stand er seiner Gesinnung gemäss jedenfalls nicht weit von den Ostmächten, und die inneren Wirren hatten ihn in seiner Anschauung wohl nur bestärkt. In der Schweiz erwog man diese Gründe weniger und beschuldigte Rumigny der Doppelzüngigkeit.

Im November und Dezember 1834 wurden zwischen Wien und Paris Verhandlungen über die Politik in der Schweiz gepflogen. Rumigny war dadurch in seiner Wirksamkeit gelähmt. In Karlsruhe und in Wien hoffte man eine Zeit lang, er werde abberufen; doch vertrauliche Meldungen aus Paris sagten, der Marschall Mortier, der neue

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 2. November 1834. Vgl. Hillebrandt I, 610, Anm.

<sup>2)</sup> Vgl. Stern IV, 409 und Schmidt, H., pag. 86.

<sup>3)</sup> Stern IV, 537.

Minister, sei sein Schwiegervater, und er werde ihn in seiner Stellung belassen.<sup>1)</sup> Aber Louis Philipp behauptete, er habe Rumigny anweisen lassen, sich ganz im Sinne Bombelles in Bern auszusprechen.<sup>2)</sup> Diese Zusicherungen und Veränderungen ermutigten die Ostmächte zu einem neuen Schritt gegen das halsstarrige Bern, das nun Vorort werden sollte. Dazu kamen kleine unbedeutende Entdeckungen der Behörden. Der Polizeidirektor Picot in Baden forschte in dieser Zeit eifrig nach den literarischen Erzeugnissen des Steinhölzlifestes; ein badischer Arbeiter, den er verhaften liess, trug auf sich einige Strophen eines in Bern unter dem Titel „l'anniversaire ou le barde de Hradschin“ erschienenen Gedichts gegen Louis Philipp, das dem Grafen Bombelles gewidmet war, und bei einem andern Arbeiter fand er Schriften vom Steinhölzlifest. Metternich wusste ferner zu berichten, Vertreter der revolutionären Propaganda seien sogar von Bern nach Petersburg gereist, wo sie sich versteckt hielten. Mit ihnen ständen russische Offiziere im Bunde.<sup>3)</sup>

Auf Grund eines solchen „Gemisches von Lüge und Wahrheit“ forderten die Grenzstaaten und Preussen und Russland zu Beginn des Jahres 1835 die „unumwundene Bestätigung der von der letzten Tagsatzung gegebenen Zu-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 23. November 1834.

<sup>2)</sup> Stern, IV, 411.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 19. November 1834. Sonst weiss Otterstedt nicht viel neues von den Flüchtlingen zu melden; er schickt auch Lieder ein, wie eines, dessen dritte Strophe lautet:

Ach, wir sind betrogen,  
Wieder ist es Nacht,  
Und die freche Rotte  
Uns'rer Dränger lacht;  
Denn wo Fürst und Pfaffen  
Finstre Werke schaffen  
Taget nie der Freiheitssonne Pracht!

Otterstedt meldet einmal, das Haus des Dr. Sträubli in Küssnacht sei das Absteigequartier der Flüchtlinge, dorthin seien Menzel, Lüning und Lessing gegangen. Sonst ist aus den Berichten nicht ersichtlich, inwiefern und ob Lessing mit Otterstedt in Verbindung gestanden habe (Geheimes Staatsarchiv Berlin, Bericht vom 2. Januar 1835).

sage“ in Sachen der Ausweisung der Flüchtlinge.<sup>1)</sup> Schon anfangs Dezember 1834 hatte Otterstedt den Inhalt der Noten nach Berlin gemeldet und dabei die Hoffnung ausgedrückt, Frankreich und England würden diesmal mitwirken. Allein Rumigny war noch in Bern. Die extremen Radikalen wie Troxler und Baumgartner wollten blindlings vorgehen, gegen die Noten Einsprache erheben usw. Die gemässigtere Partei scheint die Fühlung mit Rumigny behalten zu haben. Baumgartner urteilt darüber wohl richtig: „Man will uns von französischer Seite her in das Bockshorn des Justemilieu hineinjagen, weil die französische Regierung selbst in der Klemme ist und überall Konzessionen machen muss.“<sup>2)</sup>

Der Gesandte von Rochow rühmte später die politische Klugkeit Tavel's, der eine Mittelstellung einnehme.<sup>3)</sup> Er stand mit Rumigny in enger Fühlung. Dieser Stellung des französischen Vertreters entsprangen auch wohl die Worte Hans Schnells: „Dass ihn die französische Dreifärbigkeit gar nicht erschrecken würde, wenn sie zu Bern auf dem Stift wehte“ und die Behauptung im „Berner Volksfreund“: Frankreich sei der natürliche Freund der freien Schweiz.<sup>4)</sup> Wie man in der Schweiz in konservativen Kreisen über das radikale Bern dachte, bezeugen Nachrichten aus Basel und Luzern. Der badische Grenzkommissar Beust<sup>5)</sup> erhielt aus Basel einen Brief, datiert vom 31. Dezember 1834; darin wurde der Uebergang des Vororts an Bern zum Gegenstand der Betrachtung gemacht: „Aus den Zeitungen werden Sie entnommen haben, welcher Auswurf von radikalem Gesindel an die Spitze der Staatsverwaltung gestellt ist; derartigen Schuftten sollen wir gehorchen.“ Eine Aenderung der Verfassung, meint der Verfasser des Briefes, sei unnötig. „Was aber von diesen Menschen und von einem aus der ganzen

---

1) Stern, IV, 410.

2) Tobler, G. Briefe, pag. 157. Nicht so zutreffend schreibt Baumgartner später in seiner Geschichte II, 171.

3) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 19. Oktober 1835.

4) Schmid, H., pag. 87.

5) Badische Biographie I, 81.

Schweiz an radikalem Gesindel zusammengestoppeltem Verfassungsrath ausgehen soll“, könne man sich denken. „So heiss ich mein Vaterland liebe, . . . lieber dem Gross-Sultan als der radicalen Schweiz angehören.“<sup>1)</sup> Mehr Bedeutung als diesem Schreiben darf den Aussagen eines eidgenössischen Staatsmannes beigemessen werden, der in dieser Zeit bei Otterstedt einkehrte, um seine „politischen Irrtümer“ teilweise abzuschwören. Es war der Schultheiss Eduard Pfyffer von Luzern.<sup>2)</sup>

„Eduard Pfyffer“, sagt Baumgartner,<sup>3)</sup> „war ein redlicher und tätiger Staatsmann gewesen. Er hatte eine glückliche Mitte eingehalten zwischen den Magistraten der alten Schule und den stürmischen Radikalen der jüngeren Zeit, die sich eben in den letzten Jahren seiner amtlichen Wirksamkeit in den Vordergrund drängten. Darum war auch er es, der, bei vielseitig vermutheter Annahme des Bundesentwurfes von 1832, der erste Landammann der Schweiz nach neuer Zeitrechnung geworden wäre oder wenigstens allgemein zu dieser Würde bestimmt zu sein schien. Das Ende seines Lebens verkümmerten die Reaktion gegen die Bundesreform im eigenen Kanton und die versuchte Untergrabung seines Kredites von Seite der radikalen Partei.“<sup>4)</sup> Von E. Pfyffers Stellung zur Abstimmung von 1832 ist oben berichtet worden. Im Mai 1834 stand er noch auf dem Boden dieser politischen Bestrebungen und setzte im Grossen Rat den Beschluss der partiellen Revision der Bundesverfassung durch. Baumgartner nennt diese Tat „den Schwanengesang“ Pfyffers; dieser ist wohl besser auf den 5. Dezember 1834 anzusetzen. An diesem Tage erschien E. Pfyffer in Karlsruhe bei Otterstedt. Welche Gründe ihn dahin geführt hatten, erfahren wir leider nicht; um so genauer oder ausführlicher werden

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 30. Dezember 1834.

<sup>2)</sup> Allgemeine Deutsche Biographie 25, 717.

<sup>3)</sup> Baumgartner II, 125, 126.

<sup>4)</sup> Ueber die Entstehung der Badener Artikel bei Baumgartner II, 55 und in seinen Briefen an Karl Schnell, herausgegeben von Tobler, pag. 137, 138; ferner Steigers Biographie von E. Pfyffer, pag. 33. Baumgartner hat wohl 1834 eine zuverlässigere Erklärung abgegeben als 1854 im Werke „Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen“.

die Aussagen des Mannes gemeldet. Otterstedt nennt Pfyffer einen mässigen und besonnenen Mann und gibt seine Aeusserungen mit folgenden Worten wieder: „Wenn gleich der im Jahre 1814 abgeschlossene Bundesvertrag manches zu wünschen übrig lasse, so wollte er (Pfyffer) nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen jetzt keine Abänderung mehr, weil, um diese zu bewirken, dem Parteigeist neue Nahrung gegeben, und dadurch der radikalen Partei in die Hände gearbeitet werden würde. Von einem Verfassungsrath, welchen Gedankens Landammann Baumgartner<sup>1)</sup> von St. Gallen unausgesetzt verfolge, und neuerdings wieder in Anregung gebracht habe und für den er, der p. Pfyffer früher selbst mit grosser Thätigkeit wirksam gewesen sei, wolle er nichts mehr wissen,<sup>2)</sup> denn die Erfahrung habe ihn gelehrt, wohin dies führe: das Bestehende müsse erhalten werden, wenn die Schweiz sich kalmieren, das Gewirre daselbst aufhören und die durch die Parteien in Aufregung gehaltenen Gemüther sich beruhigen sollten. Daher sei es seine Ueberzeugung, dass namentlich auch die Beziehungen Neuchâtels zur Schweiz festgehalten werden müssten.“ In diesem Sinne werde er an der Tagsatzung wirken und er hoffe auf Erfolg, nur müsse Neuenburg alle Reibungen vermeiden, um Brauseköpfe nicht zu reizen. Am 28. März 1834 hatte Neuenburg nämlich das Gesuch um Trennung von der Schweiz erneuert und war einstimmig abgewiesen worden.<sup>2)</sup> Dennoch bemühte es sich, das Ziel zu erreichen. Pfyffer äusserte noch seine Verehrung für den König von Preussen und für dessen Regierungssystem und kam sodann auf die schweizerischen Staatsmänner zu reden. Hirzel nannte er einen Ehrenmann. Ueber seinen Bruder Kasimir Pfyffer beklagte er sich. Er habe durch seine unpraktischen Ansichten und schroffes Benehmen den Kanton Luzern schon in manche Verlegenheit gebracht und dadurch selbst für die Schweiz nachtheilig gewirkt. Baum-

<sup>1)</sup> Ueber das Verhältniss E. Pfyffers zu Baumgartner vgl. Tobler, Baumgartners Briefe pag. 120 und besonders St. Gallische Analekten V, 29, dann auch Baumgartner, Geschichte I, 422.

<sup>2)</sup> Baumgartner II, 72—79.



gartner bestärke ihn in diesen Unternehmungen; das sei namentlich im Protest von Luzern und Bern gegen die Massnahmen des Vorortes Zürich in Sachen der Flüchtlinge auf der letzten Tagsatzung geschehen.<sup>1)</sup>

Dann berichtet E. Pfyffer weiter: In Bern hätten sich alle einsichtigen Männer (vor allem Fischer) aus der Regierung zurückgezogen; es fehlte dort an gereiften Männern; dafür stünden verschlagene Revolutionäre, wie Siebenpfeiffer, Professor Snell, Troxler an der Spitze.<sup>2)</sup> Die neue Universität in Bern könne wegen der zu kleinen Studentenzahl und des grossen Aufwandes nicht weiter bestehen, zudem gerieten die Professoren unter den gegebenen Verhältnissen in einen solchen Kampf, dass die Regierung der Sache ein Ende machen müsse.<sup>3)</sup> Auch der Universität Zürich prophezeit er — obwohl dort ein besserer Geist walte — wegen der grossen Kosten und des geringen Ertrages eine kurze Lebensdauer. Dann spricht Pfyffer von der allgemeinen politischen Lage dieser Tage. Er meint, würde Bern nicht Vorort, so wäre überhaupt keine Gefahr vorhanden, so aber wisse man nicht, welche Wendung die Dinge nähmen, da Bern keinen Mann an die Spitze stellen könne. Tscharner dürfe nach dem Gesetze nicht amten, so sei nur Tavel da, der sattsam bekundet habe, wie wenig er in jeder Beziehung leisten könne und dass ihm bei seiner Charakterlosigkeit gar nicht zu trauen sei.<sup>4)</sup> Eduard Pfyffer

1) Ueber das Verhältnis der Brüder im politischen Leben siehe Pfyffer, C., Sammlung kleiner Schriften, pag. 276. Vgl. Feddersen, pag. 45, der beide als freisinnig bezeichnet.

2) Pfyffer, Sammlung pag. 214 und 305 über Troxler.

3) Am 2. März 1835 kam die Sache zur Sprache, vgl. Baumgartner II, 135.

4) Tavel wurde 1835 als Schultheiss auch Präsident der Tagsatzung. Er war erst 34 Jahre alt. „Sein geschmeidiges Wesen, seine feinen gesellschaftlichen Formen und dazu die Gewandtheit, mit der er sich der französischen wie der deutschen Sprache bediente, machten ihn ganz besonders geeignet zum Umgang mit den diplomatischen Vertretern des Auslandes.“ . . . .

„Nach dem Urteil seiner Zeitgenossen war seine anscheinend glänzende Tätigkeit als Staatsmann keine glückliche, weil Zuverlässigkeit, Charakterfestigkeit und sittliche Haltung nicht in richtigem Verhältnisse standen zu der mehr als gewöhnlichen Geistesbegabung.“ So Blösch, Bernische Bio-

bekannte dann, er kenne den Grafen Rumigny genau und ebenso seine intimen Beziehungen zu Tavel. Rumigny habe seit einem Jahre den Einfluss verloren und Frankreich durch die letzte Ministerkrise an Kredit eingebüsst; dennoch werde Tavel unter dem Einfluss des französischen Gesandten stehen. Es wäre daher ein Trost — meinte Pfyffer — dass die fünf Orte eine Tagsatzung verlangen könnten, und nach dieser Richtung werde er in Luzern seinen Einfluss geltend machen.<sup>1)</sup> Zum Schlusse versprach Eduard Pfyffer, im Sinne Preussens und der Mächte zu wirken, dann besuchte er den Minister Winter; speiste bei Otterstedt zu Mittag und hatte darauf eine mehrstündige Unterredung mit Reitzenstein. Beim Abschied reichte ihm der Minister die Hand und dankte ihm, indem er sagte, Pfyffer werde sich ebensowohl um die Schweiz verdient machen, wie die angrenzenden Regierungen verpflichtet, wenn er nach den ausgesprochenen Grundsätzen handle. Nach diesem feierlichen Abschied meinte Reitzenstein, die Gesinnungen der Luzerner müssten sich stark verändert haben.<sup>2)</sup> Auf der Heimreise in Olten starb Eduard Pfyffer, und Otterstedt bedauerte seinen Tod um so mehr, da Businger meldete, er wäre für das Jahr 1835 unfehlbar Schultheiss geworden. In dieser Stellung hätte er den Mächten dienen können. Nun trat der radikale Bruder Kasimir an seine Stelle, und eine Reaktion in Luzern und eine Sammlung der innern Orte gegen Bern, wie die Mächte sie früher geplant und auch E. Pfyffer<sup>3)</sup> beabsichtigt hatte,

graphien II, 547, 549. Auch Olfers ist zuerst vom Eindrücke des Mannes bewältigt und muss, wie er schreibt, nachher sein Urteil ändern. (Geheimes Staatsarchiv Berlin, Bericht vom 13. August 1835.) Vgl. Baumgartner II, 129 über Tavel und Tschärner.

<sup>1)</sup> Schon im Mai 1834 war eine Bevormundung von den Radikalen abgewiesen worden; Pfyffer wünschte damals einen Repräsentantenrat. Vgl. Tobler, Baumgartners Briefe pag. 120, Baumgartner, Geschichte II, 68 ff und Tillier I, 270. Eine Bevormundung verfocht Bombelles, vgl. Stern IV, 613. Otterstedt hatte schon in früheren Berichten den Gedanken geäußert, die inneren Kantone gegen die Radikalen auszuspielen.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 14. Dezember 1834. Eine Wendung erfolgte durch die Teilung der Partei am 2. März 1835, und Rumignys Einfluss auf Tavel dürfte auch in Betracht gezogen werden.

<sup>3)</sup> Als die Jesuiten später in Luzern einzogen, wurde das Bild dieses verdienten Mannes aus den Schulen entfernt.

blieb noch aus. Auch eine Bevormundung durch die Mächte, wie sie Bombelles — vielleicht in diesem Zusammenhang — wünschte, war nicht erreichbar.

Bern hatte einen schweren Stand. Nach aussen nahm es eine würdige Haltung an; aber für Metternich war das die Ruhe vor dem Sturm. Er schöpfte Verdacht, die Radikalen blieben ruhig, bis der Impuls zum Handeln vom Pariser Comité ausgehe, und das geschehe erst, wenn General Mina den grossen Schlag geführt und Spanien eine Republik geworden sei. Dabei sei der Finanzminister Toreno, der zu den Carbonari zähle, sehr tätig. Mit dieser Bewegung stehe die Empörung des 2. Infanterie-Regiments in Madrid in Beziehung. Von der Schweiz solle dann ein Ausfall nach Deutschland erfolgen, Würzburg sei ins Auge gefasst; der dortige ehemalige Bürgermeister Bachr (?) wirke mit.<sup>1)</sup> Metternich hatte also keine geringe Meinung von der politischen Bedeutung der radikalen Strömungen in der Schweiz. Schon zu Anfang des Jahres 1835 hatte er an Türkheim und Reitzenstein berichtet, es seien Einfälle der Handwerker in Baden zu erwarten; darauf hatte Baden die Handwerker heimberufen und die Sperre verhängt, und Metternich sorgte dafür, dass den badischen Ministern die Besorgnisse nicht schwanden. Rumigny musste nun Bombelles gewähren lassen; als dann Broglie wieder Minister wurde, beklagte sich Otterstedt neuerdings, dass der Vertreter Frankreichs gegen die Massnahmen Oesterreichs und Deutschlands sehr geschäftig sei. Doch am 20. April sollte Rumigny nach Paris reisen, um als Pair den Prozessverhandlungen über die Aprilverschworenen beizuwohnen.<sup>2)</sup> Er wurde bis Mitte März 1836 von A. de Montigny vertreten, und unterdessen wurde der Herzog von Montebello zum Botschafter ernannt.<sup>3)</sup> Rumigny kehrte nicht wieder in seine Stellung

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 4. März 1835. Vgl. Stern IV, 454.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 3. April 1835. Vgl. Stern IV, 591.

<sup>3)</sup> Hillebrand, K., Geschichte Frankreichs 1830—71, I, 612. Die Ostmächte hatten die Abberufung Rumignys gefordert.

zurück. Am 6. Juli 1835 wurde auch Otterstedt abberufen, und an seine Stelle trat der Oberstleutnant von Rochow, der nun in der Schweiz residierte. Damit waren im diplomatischen Korps neue Verhältnisse geschaffen, und diese blieben auch nicht ohne Einfluss auf die schweizerische Politik.

---

**Aus den Berichten  
des Gesandten Theodor Heinrich Rochus von Rochow  
1835 — 1839.<sup>1)</sup>**

In der Zeit der Regeneration scheint der Gesandtschaftsposten in Bern von den Diplomaten in Deutschland nicht als begehrenswert betrachtet worden zu sein. Mitunter hat man den Eindruck, als ob die Schweiz damals so eine Art diplomatischer Strafkolonie gewesen sei. Man darf dementsprechend natürlich nicht erwarten, dass die Vertreter der deutschen Fürsten, vornehmlich Preussens, hervorragende Geister gewesen seien, vielmehr erscheinen sie als mehr oder weniger geräuschvolle Mittelmässigkeiten, so namentlich ein Otterstedt und Rochow. In ihrem etwas engen politischen Geist spielen Klatsch und Intrigue mitunter eine ebenso bedeutende Rolle als geriebene Diplomatenstreiche, und die Seufzer, die ihrem engen Herzen entrinnen, dürfen den Verehrer des aufstrebenden Geistes dieser Zeit nicht zu tief bewegen.

Bis zum Jahre 1835 hatte Otterstedt von Karlsruhe aus Preussen in der Schweiz vertreten. Für die kommenden Tage hatte Preussen in der Schweiz so wichtige Geschäfte, dass eine eigene Vertretung im Lande selbst nötig erschien. Die Mission wurde dem Oberstleutnant und späteren General von Rochow übertragen, und die Instruktionen, die er empfing, konnten für die Schweiz von weittragender Bedeutung sein. Warum gerade diese Persönlichkeit mit einer solchen Aufgabe betraut wurde, ist noch unklar. Der General von Rochow war ein Altpreuße, streng reaktionär, ein Bureaukrat,

---

<sup>1)</sup> Die Berichte Rochows sind ebenfalls unter Rep. 81 Fasc. od. Vol. 25—33, chronologisch geordnet.

dem selbst der Polizeistaat eine zu grosse Ausdehnung des politischen Horizontes gestattete. Der Sinn für das Ideale, das den Süddeutschen damals vielmehr bewegte als den Norddeutschen, fehlte ihm. Das „junge Deutschland“ war ihm ein Greuel; Heine, Börne, Auerbach erregten seinen tiefsten Unmut, Menzel ist sein Liebling, Herwegh ist ein talentvoller, gesinnungsloser, frecher Radikaler, weil ihm dieser Ton besseren Absatz verschafft, bald darauf nennt er ihn einen „anmassenden Schlingel“. Die Presse ist in den Händen der „Juden-schlingel“, „durchgefallener Advokaten“ und „Gotteslästerer.“ „Preussen ist ganz nutzlos gefällig gegen Süddeutschland. Nirgends Kraft und Festigkeit.“ Und die Schweiz gar ist ihm „ein abscheuliches Land“. So klingt es aus seiner Privatkorrespondenz.<sup>1)</sup> Was hatte also die Schweiz, vor allem der neue Vorort Bern, von diesem Manne zu erwarten? Und doch war die Sache nicht so schlimm. Rochow zeigt eine nervöse Entrüstung im Privatverkehr und als Diplomat eine besonnene, konventionelle Ruhe, vielleicht vermischt mit der Angst vor diplomatischen Reibereien. Seine amtlichen Berichte sind frei von den Kraftausdrücken, ja sie widersprechen im Wesen mitunter den Äusserungen in seiner Privatkorrespondenz. Er poltert darin nicht über die Schweiz, sondern spricht unserm Lande gegenüber offen sein Wohlwollen aus. Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Möglicherweise wollte er den Darstellungen Otterstedts damit den Boden entziehen; denn diesen Mann hasste er wohl mehr als die Radikalen. Vielleicht wollte er als Diplomat Ruhe, Besonnenheit, vielseitige Urteilskraft zeigen, oder die Berichte mögen den massgebenden Persönlichkeiten in Berlin angepasst worden sein.

In einem Berichte des Ministers an Bunsen vom 1. Mai 1840 wird der Inhalt der Instruktion, die Rochow 1835 erhielt, erwähnt. Sie sollte dazu beitragen, die Grenzen des deutschen Zollvereins auch über die Schweiz auszudehnen und dieses Land zum Anschluss an den deutschen Zollverein

<sup>1)</sup> Rochow, Briefe des Königlich Preussischen Generals und Gesandten Theodor Heinrich Rochus von Rochow an einen Staatsbeamten. Als Beitrag zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts herausg. von Dr. Ernst Kelchner und Prof. Dr. Karl Mendelssohn-Bartholdy, Frankfurt a./M. 1873.

zu bewegen. Schon im Jahre 1834 klagte Schaffhausen an der Tagsatzung, dass sein Handel mit Süddeutschland gefährdet sei, und die Tagsatzung wählte hierauf eine Zollkommission, die mit den deutschen Nachbarstaaten unterhandeln sollte.<sup>1)</sup> In der Schweiz, namentlich in Schaffhausen, gab es Stimmen, die einer solchen Verbindung geneigt schienen. So mochte in Berlin der Gedanke leichter Nahrung gefunden haben und die Absendung Rochows erfolgt sein. Für diese letzte Verbindung der Gedanken besitzen wir keine Beweise; doch liegt der Schluss nahe. Der preussische Minister schreibt an Bunsen im genannten Bericht: „Dem deutschen Zollverein lag ausser einem anerkannt richtigen national-ökonomischen Grundsatz die politische Idee zum Grunde, den kleineren deutschen Bundesstaaten sowohl, als der Richtung der Gemüter im Allgemeinen nicht ein einseitig preussisches, wohl aber ein vorwaltend deutsches, vaterländisches Interesse zu geben. Dieser Idee würde ein Anschluss von Staaten, die wie die Schweiz, zwar nicht zum deutschen Bunde gehörig, jedoch durch vorwaltend deutschen Charakter demselben verwandt wären, keineswegs zuwiderlaufen.“<sup>2)</sup> Diese Äusserung des Ministers widerspricht also der Darstellung Treitschkes; denn dieser schreibt: „Dem preussischen Staate aber waren die Wege seiner Handelspolitik so fest und sicher vorgezeichnet, dass auch die Zagheit sie nicht mehr verlassen konnte. Die Aufgabe war, den Handelsbund auszudehnen; über alle deutschen Staaten, aber keinen Schritt weiter . . . und auch späterhin, als das unreife Nationalgefühl deutscher Publicisten wiederholt für einen Handelsbund mit der Schweiz oder mit Holland sich erwärmte, wahrte Preussen unbeirrt den nationalen Charakter des Zollvereins.“<sup>3)</sup> Auffallend ist es auch, wie der preussische Minister und wie später Treitschke dem Worte Nation eine verschiedene Bedeutung beilegen.

<sup>1)</sup> Abschiede 1814—48 I, 990. Vergl. Festschrift des Kantons Schaffhausen 1901, p. 645.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Rep. 81 vol. 35, der Minister an Bunsen, Berlin 1. Mai 1840.

<sup>3)</sup> Treitschke, Heinrich von. Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. Bd. IV, 404, 405.

Die Bestrebungen Preussens waren erfolglos. Am 13. Juni 1835 wurde an der Tagsatzung in geschlossener Sitzung der Bericht der Zollkommission entgegengenommen, und zugleich erfuhren die Mitglieder der Tagsatzung, dass die Frage der Beziehungen zur Schweiz in Berlin auch erörtert worden sei und der Anschluss Badens an den deutschen Zollverein bevorstehe. Am 25. Juli erklärte die Kommission, Baden sei bereit, mit der Schweiz zu verhandeln, doch nur im Verein mit Württemberg und Bayern.<sup>1)</sup> Inzwischen wurden in Schaffhausen die Stimmen für den Anschluss an den Zollverein immer lauter, um so mehr, als im Herbst 1835 die badischen Weinkäufer wegen des Zolles ausgeblieben waren. Schliesslich verlangten einzelne Stimmen in Schaffhausen offen den sofortigen Anschluss.<sup>2)</sup> Der Vorort hatte indessen die Expertenkommission unter dem Vorsitz des Altbürgermeisters von Muralt angehört und dem Vorschlage gemäss hatte die Tagsatzung beschlossen, dem fremden Schutzzollsystem fern zu bleiben und wies jede Anregung auf Schutzzölle von der Hand. Inzwischen unterhandelte sie mit den süddeutschen Staaten, um bessere Handels- und Verkehrsverhältnisse zu begründen. In Baden unterstützte die Deputiertenkammer diese Bemühungen; sie bat den Grossherzog, nach Kräften dahin wirken zu lassen, dass der Schweiz hinsichtlich ihrer Ausfuhr in das Vereinsgebiet weitere Begünstigungen zugestanden würden (Juli 1835).<sup>3)</sup> Das preussische Ministerium erkannte bald, dass der frühere Gedanke unausführbar sei, zudem meinte es später, hätte die Verbindung für Preussen keinen Nutzen gebracht (man denke an Neuenburg!), sondern würde nur Antipathie erzeugen, das Nationalgefühl verletzen, und das könnte man nicht genug bedauern.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Abschiede 1814—48 I, 996.

<sup>2)</sup> Der Republikaner 1835 p. 474.

<sup>3)</sup> Republikaner 1835, p. 273, vergl. Baumgartner II, 152, 153.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Rep. 81 vol. 35, Minister an Bunsen, 1. Mai 1840.

Das war die Zeit, in der auch Karl Mathy in der „Jungen Schweiz“ für den Anschluss an den Zollverein schrieb. Vergl. Tobler, Gust., Aus Karl Mathys Schweizerzeit. Neujahrsblatt des historischen Vereins Bern 1906.

Zu Ende des Jahres 1835 waren die schweizerischen Abgeordneten nach Stuttgart gereist; dort begannen zu Anfang des Jahres 1836 die Verhandlungen mit den deutschen Staaten. Bombelles, der Vertreter Metternichs in der Schweiz; wollte inzwischen diese Verhandlungen zu Ungunsten der Schweiz beeinflussen; er intriguierte und forderte Preussen (oder Rochow) auf, einen Vertrag nur mit der Bedingung zu schliessen, dass die Schweiz alle „zugesicherten aber nie ausgeführten“ Massnahmen und Versprechen erfülle. Rochow schrieb nach Berlin: „Der Graf von Bombelles geht nämlich von dem Gesichtspunkte aus, dass man deutscher Seits beabsichtige, der Schweiz namhafte Vergünstigungen zu Teil werden zu lassen und dass nach seinen Erfahrungen es nicht ratsam sei, der Eidgenossenschaft solche zu bewilligen, ohne sie jedesmal an bestimmte Zugeständnisse der Schweiz zu knüpfen.“ Bombelles sandte hierauf einen Kurier an Metternich, um diese Ansichten zu unterbreiten und sie an die interessierten Staaten weiter zu leiten. Nach diesem Ratschlag sollten die Staaten angewiesen werden, mit der Zollkommission nicht eher zu verhandeln, als bis die Schweiz die im Jahre 1834 geleisteten Versprechen ausgeführt habe. Rochow teilte diese Ansicht nicht; er schrieb, „dass es ihm scheine, als müsse bei den in Stuttgart zu eröffnenden Verhandlungen das Bestreben vorzüglich dahin gehen, durch Gefälligkeit in der Form der Schweiz einigen Ersatz für das zu geben, was man in der Sache nicht gewähren könne.“ Und er fährt fort: „Es würde daher meines Erachtens nach gegen den Zweck dieser Verhandlungen streiten, wenn man das ohnedies nur sehr dürftige Resultat derselben an eine Vorbedingung knüpfen wollte, zu deren Erfüllung die Schweiz dormalen vielleicht noch nicht die Mittel besitzt.“

„Bei meinen öfteren Berichten über die Schweiz habe ich auf Grund meiner Wahrnehmungen darauf hinzudeuten gewagt, dass man bei den gegen dieselbe ergriffenen Massregeln nicht immer den ganz richtigen Weg eingeschlagen zu haben scheint. Nachdem man sich in der Hauptsache mit einer Wort-Satisfaction begnügt hat, ist es schwer, wo nicht unmöglich, wegen Nebenpunkten eine sichtliche Satisfaction zu erlangen.“ Rochow will in dieser Hinsicht zu-



warten, bis ein gemeinsames Handeln möglich werde.<sup>1)</sup> Während der Verhandlungen in Stuttgart war Bombelles noch beständig bemüht, der Schweiz neue Schwierigkeiten zu bereiten. — Rochow gegenüber wünschte er, dass „man“ auch während der Sitzung stets wieder anklingen lasse, die Frage der politischen Stellung zu Bern sei nicht erledigt, und Rochow fügt hinzu: „Ich kann nicht begreifen, dass dies gut diene.“ Er gedenkt im nämlichen Bericht der ungewöhnlichen Tätigkeit der schweizerischen Fabriken. Die Schweiz — führt er aus — stehe in ihren Beziehungen zu Frankreich und England Deutschland gegenüber, und was England und Frankreich durch den deutschen Zollverein verloren hätten, das sei der Schweiz zugefallen.<sup>2)</sup> Bombelles erreichte sein Ziel nicht, die Verhandlungen in Stuttgart waren nicht ganz erfolglos, und der Vorort konnte den Ständen mitteilen, dass der Grenz- und Marktverkehr zwischen der Schweiz und den süddeutschen Staaten sich ziemlich günstig gestalte, teilweise günstiger als der frühere Verkehr (z. B. mit Baden).<sup>3)</sup> Weniger erfreulich waren die Aussichten für die Industrie.

Nachdem dies Geschäft erledigt war, erhielt Rochow Befehl, nach Bern zu gehen, während sich die übrigen Vertreter noch von diesem „Jakobinernest“ fernhielten. Die Instruktionen des preussischen Gesandten geboten immer wieder, sich jeder Einmischung in die innere Politik des Landes zu enthalten, und somit hatte Rochow auch keinen Grund, Bern zu meiden. Zudem herrschte unter den Gesandten des Auslandes in der Schweiz in diesem Augenblick nicht die grösste Eintracht, und diese Umstände erleichterten den Radikalen mitunter die Erledigung diplomatischer Zwischenfälle. Zu Anfang des Jahres 1836 ging jeder seinen eigenen Weg. Rochow weiss zu melden, Montebello suche alle Parteien zu gewinnen, und der preussische Vertreter freute sich, dass der russische dem französischen

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 30. Dezember 1835.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 6. Januar 1836.

<sup>3)</sup> Baumgartner II, 153 und Kelchner, Rochows Briefe, pag. 13, vor allem Gonzenbach, Dr. A. v. Über die Handelsverhältnisse zwischen der Schweiz und den deutschen Zollvereinsstaaten etc. Luzern 1845.

Gesandten entgegentrat.<sup>1)</sup> Montebello wirkte auch gegen Bern; doch mied er zunächst den Verkehr mit den andern Diplomaten und erwiderte auch ihre Besuche nicht. Diese Zurückhaltung wahrte Montebello anfangs auch in den kirchlichen Angelegenheiten, die jetzt immer mehr in den Vordergrund des politischen Lebens traten. Rochow ereifert sich nicht in dieser Frage. Er meint, die Besetzung des Aargaus finde bei den aufgeklärten Katholiken keinen Beifall, man hätte auch ohne diese Massregeln die Schwierigkeiten heben können.<sup>2)</sup> Als dann aber der Kanton Bern daran gehen wollte, die Badener Artikel anzunehmen, entfesselte der Nuntius seine ganze Kraft, um diesen Schritt zu hintertreiben. Er rief Bombelles um Hilfe an; dieser sollte auf die Berner Regierung einwirken und diese dann auf den Grossen Rat, damit die Artikel verworfen würden. Eine ähnliche Aufforderung richtete der Nuntius auch an Montebello. Beide Diplomaten wurden gebeten, gegen jede Änderung in den kirchlichen Verhältnissen Berns zu sprechen und sich dabei auf die Vereinigungsurkunde des ehemaligen Bistums Basel mit Bern (vom 23. November 1815) zu berufen, die den status quo bedingte. Nun kam das Unerhörte! Bombelles war zunächst gar nicht geneigt, dem Wunsche des Nuntius zu willfahren. Er sah darin eine Einmischung in schweizerische Verhältnisse und eine Angelegenheit der Kurie und wollte diesen Geschäften gerne fernbleiben. Wie Rochow weiter meldete, äusserte Bombelles dem Nuntius Monsignor d'Angeles gegenüber offen seine Bedenken über eine solche Intervention; doch versprach er, darüber nach Wien zu berichten.<sup>3)</sup> Einige Tage später meldete der päpstliche Geschäftsträger Abbé Garibaldi von Paris dem Nuntius in Schwyz, der Herzog von Broglie habe versprochen, gegen die Durchführung der Badener Artikel in Bern einzuschreiten, und zu gleicher Zeit kam von Metternich ein Kurier mit der Weisung an Bombelles, er solle sich sofort nach Bern begeben und auf Grund der Wiener Akte die

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 16. Januar 1836.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 12. Januar 1836.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 27. Januar 1836.

Aufrechterhaltung des status quo fordern.<sup>1)</sup> Rochow bezeugte in seinen Meldungen nach Berlin immer Wohlwollen gegenüber der Schweiz.<sup>2)</sup> Eine Regeneration der katholischen Kirchenverhältnisse war nach seiner Ansicht notwendig; aber sie müsse mit mehr Ruhe und Besonnenheit vorgenommen werden und werde das Werk einiger Jahrzehnte sein. Er bedauerte offen den Misserfolg der Berner und meinte, Oesterreich habe durch die Bulle salute animarum eigentlich grössere Zugeständnisse erlangt, als die Badener Artikel und doch habe der Papst diese verflucht.<sup>3)</sup>

Am 20. Februar 1836 beschloss der Grosse Rat in Bern mit 155 gegen 30 Stimmen, die Badener Artikel anzunehmen; doch der Sieg war, wie Rochow sagt, nicht ohne Besorgnis um die Ruhe im Jura errungen worden; dieses Gefühl spreche die Motion Stockmar aus.<sup>4)</sup> Zwei Tage darauf rückte Thiers als Minister an Broglies Stelle, und Montebello kam nun mit neuen Instruktionen aus Paris zurück, die der Gesinnung Thiers gegenüber der Schweiz und der Politik des Königs entsprachen. Nun zeigte es sich bald, was Broglie der Schweiz gewesen war. Louis Philipp (schreibt Rochow) solle gesagt haben: Je ne veux pas que mon ambassadeur se trouve à Berne avec l'ambassadeur de la faction republicaine!<sup>5)</sup> Montebello hatte bestimmte umfassende Instruktionen, in denen die Stellung Thiers gekennzeichnet war. Sie waren gegen die Bestrebungen der Radikalen gerichtet. Der französische Minister wollte in dieser Frage mit Metternich Hand in Hand gehen, wie er sich später (1838) bei ihrer Zusammenkunft in Como äusserte.<sup>6)</sup> Damit erfüllte Thiers auch den Willen des Königs. Rochow meldet: Der Herzog (Montebello) ist von S. M. dem

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 7. Februar 1836.

<sup>2)</sup> Vgl. Baumgartner II, 181; Feddersen, pag. 222.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 27. Januar und 14. Februar 1836.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 21. Februar 1836. Vgl. Baumgartner II, 171, 172.

<sup>5)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht Nr. 18, vol. 27, 1836.

<sup>6)</sup> Metternich, Nachgelassene Papiere VI, 269. 6. Sept. 1838.

König der Franzosen mit dem mündlichen Bedeuten entlassen, dass Allerh. in Bezug auf die Schweiz mit der vom österreichischen Botschafter in Paris gemachten Äusserung des Wiener Cabinets übereinstimme. Dieser Mitteilung fügte der Herzog hinzu, dass Louis Philipp die Rechte der Kirche kräftig unterstützen wolle. Montebello betrachte dieses religiöse Zerwürfnis als ein Mittel zum Zweck und beklage, dass es an Mitteln fehle, auf die Parteihäupter einzuwirken. Im diplomatischen Corps sei Eintracht nötig.<sup>1)</sup> Rochow gegenüber bekannte sich Montebello zu den politischen Grundsätzen, die Chambrier in seiner Schrift: „Des droits et des intérêts des états Suisses quant au pacte fédéral“ ausgesprochen hatte. Die Centralisation der Schweiz nannte er eine Torheit; sie diene, nebenbei gesagt, nur den Interessen Frankreichs. So machte Montebello Stimmung gegen die Schweiz, dann eröffnete er seinen diplomatischen Feldzug. Tavel war freilich nicht der Mann, um ihn versöhnlich zu stimmen; seine Haltung war dem Franzosen zu entschieden, zu würdevoll und klar. Anders Tscharner! Nach dem Bericht Rochows kam Tscharner am ersten Tage gebeugt zu Montebello; Tavel hingegen liess neun Tage vergehen, ehe er den Besuch abstattete; dann aber liess ihn Montebello den „Mangel an Schuldigkeit fühlen und offen seine Abneigung gegen den Radikalismus bezeugend, trat er mit Ernst und Festigkeit auf und sprach gegen die Bestrebungen der Radikalen. Diese würden sich sehr täuschen, äusserte er, wenn sie glaubten, Frankreich begünstige eine Centralisation; er befinde sich mit den andern Mächten auf einer Linie. Finde man eine Modifikation der Wiener Akte nötig, so leiste Frankreich Gewähr; aber man lasse dieses Ziel niemals auf dem Wege der Revolution erreichen. Hierauf kam Montebello auf die gefährlichen Verbindungen der Radikalen mit den französischen Republikanern zu reden und warnte Tavel vor der Gefahr, die eine solche Gemeinschaft dem Lande bringe.“

„Herr von Tavel hat die Dreistigkeit gehabt, nicht in Abrede stellen zu wollen, dass in der That eine Gemein-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 20. April 1836.

schaft zwischen den hiesigen Radikalen und den französischen Republikanern stattfinde und ebenso wenig Anstand genommen, einzugestehen, dass er selbst sich zu dem Radikalismus bekenne, obwohl der Herzog hierbei schnell das Wort ergriff, ihm entgegnend, dass er solche eigene schwere Anklage nicht glauben könne und wolle, weil er sich überzeugt, dass Herr von Tavel zu viel Verstand und Erfahrung besitze, um in einer so gefährlichen und verderblichen Rüstung sich faktisch zu bergen.“ Zum Schlusse sprachen die beiden Männer noch über die Grossratsverhandlungen, wobei Tavel tapfer seinen Mann stellte. Rochow schreibt gegen Schluss seines Berichtes: „Es ist jedenfalls ungemein erwünscht und sogar dankenswerth, dass der französische Botschafter sich in solchem Sinne ausgelassen, nichtsdestoweniger aber ist er selbst überzeugt, dass es ihm nicht gelungen sein könne, auf diese Weise die radikale Parthei in ihren Absichten gänzlich aufzuhalten. Es hat derselbe indessen offenbar eine Sprache geführt, wie man sie von dem Botschafter Frankreichs in diesem Lande einem Bewegungsmanne gegenüber schon lange nicht mehr gehört.“<sup>1)</sup>

Inzwischen hatte Bern im März den Jura besetzt.<sup>2)</sup> Neuerdings hatte der Nuntius gegen die Radikalen geeifert und von Bombelles und Montebello die Hilfe gefordert, die ihm früher zugesagt worden war. Bombelles hatte sich sodann die Note vom Nuntius entwerfen lassen, und diese war eilends an die Höfe zur Genehmigung abgegangen. Metternich wies Bombelles darauf an, mit dem diplomatischen Korps in Verbindung zu treten und gegen das Unternehmen Berns Einsprache zu erheben.<sup>3)</sup> Die Affäre schien den Mächten recht willkommen zu sein. Montebello ging indessen auf Reisen, um den Regierungen (Aarau, Zürich, Luzern) in unverhohlener Sprache zu sagen, mit welchen bestimmten Instruktionen er ausgerüstet sei. Allein er fand in Luzern und Zürich mehr „Lauheit als Erkenntnis der Gefahren“. „Ein gemeines Schimpfen und Lamentieren, ver-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 27. April 1836.

<sup>2)</sup> Feddersen, pag. 221, 223.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 15. Juni 1836.

bunden mit einem verschmitzten Verschweigen“ sind die vorherrschenden Züge des Augenblicks, sagt Rochow.<sup>1)</sup> Montebello beendete seine Reise, als die Tagsatzung eröffnet wurde. Tscharners Rede zielte auf Ruhe hin. Er besuchte darauf Rochow und bat diesen, auf Tavel so einzuwirken, dass er die Gefahr eines Konfliktes mit den Mächten erkenne. Tavel besuchte sehr oft den Gesandten von Rochow, und dieser bewunderte seine politische Klugheit und war stets bemüht, Tavel „das Unrecht, welches die Schweiz gegen sich selbst begehe, zu zeigen und darzutun, wie sie (die Radikalen) zu ihrem Verderben schaffen.“ Doch Tavel stand fest! Das bezeugt Rochow: „Mein offenes Verfahren, welches ich gegen alle Parteien bisher beobachtet, scheint den von Tavel nicht abgeschreckt zu haben, denn bei dem der Eröffnung der Tagsatzung nachfolgenden Diner gab er den Wunsch zu erkennen, den Regierungsrat Stockmar an meine Seite plazieren zu dürfen, um auf ihn in der nämlichen Weise einzureden, wie ich es bisher gegen ihn getan. Dieser Aufforderung genügend, habe ich während vier heisser Stunden die Unterhaltung eines der Häupter der radikalen Schweizer Partei gehabt; in ihm einen Mann von vielem Talent und Geist kennen gelernt, dem es aber an Weltkenntnis fehlt —.“ Rochow fügt hinzu, Stockmar habe sich ein eigenes Völkerrecht gebildet und schliesst dann seinen Bericht über diesen Mann: Er bat, auf mein Wohl trinken zu dürfen, hinzufügend, wie er jetzt fast von der Notwendigkeit überzeugt sei, das schweizerische Gebiet von dem fremden Gesindel säubern zu müssen.<sup>2)</sup>

Die Flüchtlinge hatte Rochow nie aus dem Auge gelassen, und der Auftrag seiner Regierung, ihre Bewegungen zu beobachten, war ihm ja gerade auf den Leib zugeschnitten; dennoch mass Rochow seinen Berichten über die Flüchtlinge so wenig Bedeutung bei, dass er sie ein „Gemisch von Lüge und Wahrheit, ein Gewebe von Lügen und Betrügereien“ nannte. Tavel sage: diese Leute, namentlich

---

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 3. Juli 1836.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Bericht v. 8. Juli 1836. Vgl. Bern. Regierungserlass v. 6. und 7. Juli 1836.

die italienischen Flüchtlinge, hätten der Schweiz viel Schaden gebracht und doch sollen in seinem Salon abends italienische und französische Flüchtlinge eintreffen und M. de Ludre (?) sei der Hausfreund Tavel. Die Deutschen, die in der Schweiz „Biermichli“ genannt werden, sehe man nicht viel, weil sie keine „sozialen Formen“ hätten; dafür trieben sie aber sonst um so mehr ihr Unwesen.<sup>1)</sup> Metternich hatte seinen Vertretern ausdrücklich befohlen, in Zürich zu bleiben, weil die Flüchtlinge sich dort viel aufhielten und die Vereinsbildung leichter sei. Rochow wünschte in seinem Berichte vom 3. November 1835, in Bern zu wohnen, sonst werde dieser Ort von der Diplomatie abgestossen und gebe sich dem französischen Einfluss preis. Die Diplomatie, meinte er, dürfe sich nicht nur um die nördlichen Kantone bemühen; zudem könne man nicht verlangen, dass Bern für die Arbeiter eine Bürgerschaft übernehme.<sup>2)</sup> Unter den Flüchtlingen unterscheidet Rochow Leute, die der Hoffnung leben, dass ihnen mit der Zeit eine Amnestie zuteil werden möchte, und sich demnach ruhig verhalten, andere nennt er Freunde des Umsturzes und der Republik, dazu zählt Rochow Kombst in Paris, Fein in Liestal, Mathy in Karlsruhe u. a.;<sup>3)</sup> diese schienen nach einem Schreiben von Kombst aus Paris „durch Schrift und Wort dahin zu trachten, den republikanischen Geist in Deutschland zu nähren und zu verbreiten, sich dabei zu bemühen, den zu schroffen Radikalismus vor der Menge zu verbergen, damit das Volk nicht vor ein System des Terrorismus abgeschreckt werde, viel mehr müsse man sehr vorsichtig gegen Fürsten und Regierungen Misstrauen und Unzufriedenheit erwecken, welches unter der Larve der verfolgten Volksfreunde und Volksbefreier leicht zu erreichen sei.“ Endlich unterscheidet Rochow eine dritte Gruppe, zu der er Rauschenplatt, Cratz, Vulpius, Schwarzer und Vincenz<sup>4)</sup>

1) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 26. Oktober 1835.

2) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 3. November 1835.

3) Vgl. Tobler, G. Aus Karl Mathys Schweizerzeit im Neujahrsblatt des hist. Vereins Bern 1906. Gustav Freitag, Karl Mathy, Geschichte seines Lebens 1870. Badische Biog. II 45—69. Allg. Deutsche Biog. XX, 595.

4) Vgl. Roschi, G. Bericht an den Regierungsrat der Republik Bern etc. Bern 1836. Neues Berner Taschenbuch 1905, pag. 10, Neujahrsblatt des

zählt; diesen sei der Savoyerzug misslungen, und nun seien ihre Projekte gegen Deutschland gerichtet. Auf einer Versammlung in Frenkendorf sei es dem Professor Wilhelm Snell gelungen, die Ausführung dieser Absicht für eine spätere, günstigere Zeit aufzuschieben. Aber Snell stimmte die Gemüter der Leute so, dass sie sich sämtlich verbürgten: zu allem, was man von ihnen fordere, in jeder Stunde bereit zu sein; ihre Privatabsichten der allgemeinen Sache unterzuordnen, drei Personen aus ihrer Mitte das vollkommenste Vertrauen in der Entwerfung eines Feldzugplanes zu schenken und sich verbindlich zu erklären, auf den ersten Ruf an einem bestimmten Orte zu erscheinen und dort kurz vor dem Aufbruch zu erfahren, um was es sich handle und wohin man sich wenden wolle — ungefähr mit diesen Worten berichtet Rochow über einen beabsichtigten Ausfall nach Deutschland. Dazu weiss er noch zu melden, dass Mazzini sich in Biel aufhalte und dieses Städtchen als Sammelplatz der Flüchtlinge ausersehen sei.<sup>1)</sup> Kurze Zeit darauf wurde der österreichische Vertreter in Paris (Apponyi) beauftragt, am Hofe des Bürgerkönigs die Ausweisung aller Flüchtlinge, vor allem Mazzinis, aus der Schweiz zu betreiben.<sup>2)</sup> In Krakau waren die Ostmächte im März mit Erfolg eingeschritten; gegen die Schweiz hatte man die nämliche Klage; nur mussten die Ostmächte hier auch Frankreich mitreden

---

hist. Vereins Bern 1906, pag. 20; Schmid, H., die deutschen Flüchtlinge, pag. 137 ff. und Schweizer, Paul, Geschichte der schweiz. Neutralität, pag. 749 f.

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 21. Februar 1836. Signalemente: Joseph Mazzini aus Genua, ungefähr 31 Jahre alt, 5' 2 $\frac{1}{2}$ " hoch, hat schwarze Haare, hohe, breite, glatte und unbedeckte Stirne, schwarze, sehr feurige Augen, etwas grossen Mund, schöne vollkommene Zähne und frische Gesichtsfarbe.

Ernst Johann Hermann von Rauschenplatt aus Alfeld in Hannover, früher Privatdocent der Rechte zu Göttingen, ungefähr 26 Jahre alt, von kleiner Statur, hat blonde auf der Stirne etwas gekräuselte Haare, hohe, unbedeckte und glatte Stirne, ziemlich volles Gesicht, lebhaftes Gesichtsfarbe, hervortretende Backenknochen, und auf der Stirne eine horizontale, etwa 2 $\frac{1}{2}$  Zoll lange Wundnarbe.

<sup>2)</sup> Metternich, Nachgel. Papiere V, 134, 14. April 1836.



lassen.<sup>1)</sup> Thiers spielte bisweilen die Rolle eines Gleichgültigen; er soll gesagt haben: Les Cabinets se querellent, tantôt pour Carcovie, tantôt pour la Suisse, tantôt pour l'Espagne; quelquefois pour des réalités, plus souvent pour des riens . . .<sup>2)</sup> Es gab dann immer wieder Ereignisse, die auch Thiers nicht entschuldigen konnte; besonders das Schützenfest in Lausanne regte nun ihn und die ganze Diplomatie auf. Mit diesem Feste wurden alle Erfindungen und Vermutungen in Zusammenhang gebracht, und auch Rochow sah darin ein grauenhaftes Schreckgespenst nahen.

Das Fest begann am 3. Juli 1836; doch schon im April wusste Rochow, dass bei diesem Anlasse die Tag-satzung gestürzt und ein Comité an ihre Stelle gesetzt werden solle. Tavel werde in der neuen Behörde den Vorsitz führen, Casimir Pfyffer sei als Landammann und Baumgartner, Dr. Keller und Druëy als Mitglieder ausersehen.<sup>3)</sup> Wenige Wochen später schreibt Rochow, das Schützenfest in Lausanne sei das Werk der Carbonari, sie stünden mit Paris in Verbindung, und das Fest sei ein Signal für die Radikalen, loszuschlagen.<sup>4)</sup> Etwas Wahres lag in diesen Meldungen. Ernst Schüler hatte einen Aufruf bereit, wozu am 5. Juli in Lausanne eine neue Zentralbehörde und eine gesetzgebende Versammlung gewählt werden sollte.<sup>5)</sup>

Am 3. Juli strömte das Volk nach Lausanne, darunter (wie Rochow meldet) auch viele Flüchtlinge. Druëy hielt die Festrede: Sie ist, schreibt Rochow, von der grössten Bedeutung und ein wahrer Aufruf zum Aufruhr aus dem Munde eines Mitgliedes der Waadtländer Regierung.<sup>6)</sup> Em-

<sup>1)</sup> Treitschke, H., Deutsche Geschichte IV, 528. Metternich, Nachgel. Papiere VI, 16. März 1836. Note der Mächte an Krakau.

<sup>2)</sup> Metternich VI, 159, 30. Juli 1836.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 20. April 1836.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 16. Mai 1836.

<sup>5)</sup> Baumgartner II, 193 und Roschis Bericht pag. 39—41.

<sup>6)</sup> Baumgartner schrieb im „Erzähler“ 1836, pag. 239: „Druëy sprach klug und fest über den Sinn eines Nationalfestes, fand aber nicht immer ganz guten Boden.“ Die „Allgemeine Schweizer Zeitung“ 1836, pag. 353, zitierte einzelne Sätze der Rede, darunter: „Fluch dem, welcher es sagen, drucken dürfte, dass Gott es der Schweiz an dem himmlischen Gefühle des Nationalstolzes mangeln liesse und . . . wehe dem, der unsern heiligen Boden nicht ehrt.“

pört war Rochow ob der Aufnahme der Neuenburger; die Rede Druëys und die des Neuenburgers Jeanrenaud spielten auf Abschüttlung des preussischen Joches an.<sup>1)</sup> Rochow wandte sich an seinen Hof und erbat sich den Auftrag, mit dem diplomatischen Korps gegen dieses „gar nicht zu rechtfertigende Verfahren“ Einsprache erheben zu dürfen.<sup>2)</sup>

Verschiedene Umstände bewirkten nun, dass das Kabinet Thiers die Schergendienste gegen die Schweiz übernahm. Broglie, die Stütze der Radikalen, mit seiner Schweizer „Marotte“ war aus dem Ministerium geschieden. Der König Louis Philipp war selbst Meister geworden, und in dem Augenblicke, da er seine Söhne verheiraten wollte, stellte er um so mehr seinen ganzen Eifer in den Dienst der Reaktion und Metternichs. Thiers hatte seine Gründe, dem Drängen Oesterreichs nachzugeben, und in Wien durfte man auf ihn hoffen, wenn man an die Stellung Louis Philipps im Krakauer Handel dachte. Die Verschwörungen in Paris und das Attentat Alibauds bestärkten den französischen Minister in seiner Politik, und so war die Ueberzeugung fertig, dass die Schweiz ein Herd der revolutionären Propaganda sei. Einzelne Flüchtlinge, wie Korbst, standen im Verdacht der Mitwissenschaft um das Attentat. Korbst war in diesen Tagen aus Paris nach der Schweiz gezogen und hatte hier die Hoffnung ausgesprochen, nun werde es möglich, Louis Philipp zu beseitigen.<sup>3)</sup> Dass auch die schweizerischen Radikalen mit den französischen Republikanern und Gegnern der Reaktion in Verbindung standen, konnte kaum ein Geheimnis sein. So wurde der Kampf gegen die Radikalen um der Selbsterhaltung willen begonnen. Das Schützenfest in Lausanne war nun ein Kraftausdruck republikanisch-demokratischer Gesinnung gewesen, eine dreiste Herausforderung der reaktionären Mächte und eine Beleidigung

<sup>1)</sup> Mit Jeanrenaud zogen 330 Neuenburger ein. Neuenburg klagte bei der Regierung in Lausanne wegen der Rede Druëys. Vgl. „Allgemeine Schweizer Zeitung“ 1836, pag. 380.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 8. Juli 1836.

<sup>3)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Berichte v. 15. und 28. Juni 1836. Vgl. Hillebrand, Karl, Geschichte Frankreichs 1830—1871 I, 607—627.

Preussens. Neben Apponyi trat nun auch Werther, der preussische Vertreter in Paris, auf und drängte Thiers zum Handeln. Apponyi erklärte (nach dem Berichte Rochows) dem französischen Minister, er übernehme die Verantwortung. Thiers hatte schliesslich noch eine Unterredung mit Werther, und dann wurde der Vicomte von Belleval nach Bern abgesandt, um im Namen der Mächte die Entfernung der Flüchtlinge zu fordern.<sup>1)</sup> Rochow jubelte, und die Vertreter der Mächte unterstützten Montebello. Eine eidgenössische Kommission beriet die Angelegenheit, aber Thiers wollte und musste ihre Anträge als ungenügend betrachten. Am 3. August schrieb er an Montebello: *Mon cher Montebello! Il faut pousser énergiquement l'affaire des réfugiés. Les propositions de la commission sont insuffisantes. Il est clair qu'en laissant les cantons juges des expulsions un seul suffira pour receler les réfugiés de toute la Suisse. Si on persiste on peut se tenir (le regarder) comme brouillé avec nous et nous agirons. Le blocus hermétique pour hommes et pour choses sera immediate* — — — — —

Montebello eilte mit diesem Schreiben zu Rochow, und gemeinsam gingen sie eines Morgens um sieben Uhr zu Tschärner auf sein Landgut und verlangten von ihm, er solle die Tagsatzung gegen die Forderungen Frankreichs nachgiebig stimmen, sonst trete die Sperre ein. Die beiden Gesandten anerbieten sich, die Note vom 18. Juli mit der Kommission vor der Berichterstattung zu besprechen, um allen Anschein der Uebereilung zu vermeiden. Tschärner legte der Tagsatzung die Berichte vor; aber die Haltung dieser Behörde erlaubte den Gesandten, alle Besprechungen abubrechen, bis die Vollmacht eingehe, der Schweiz ein Ultimatum zuzustellen.<sup>2)</sup> Rochow war diesmal eifrig bei der Sache, ihm schwebte noch das Fest in Lausanne vor Augen. Er meldete, in der Schweiz herrsche ein Gewirr des Hasses. Die Flüchtlinge möchte man preisgeben; doch versuchten die Führer, den Massen klar zu legen, dass die Drohung des Auslandes

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 20. Juli 1836. Vgl. die Darstellung Baumgartners II, 194.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 8. Aug. 1836.

nur gegen die Einheit der Schweiz ziele; einige wollten die Sperre verhängen lassen und das Volk zur Verteidigung aufbieten. Baumgartner organisiere den Widerstand in St. Gallen; Brugg und Aarau wollten 25,000 Helden stellen, Monnard, der Berichterstatter der Kommission, beteuere, dass es bei ihm nicht an mutigen Kämpfern gegen die Unterdrücker fehlen werde, und Dufour halte im Geheimen strategischen Unterricht und gebe die Punkte an, wo man sich ein Siegesfeld suchen könne.<sup>1)</sup>

Rochow musste bald erfahren, wie wenig Preussen auf Thiers rechnen könne. Louis Philipp hatte in Paris seine grössten Widersacher, die Schweiz ihre Freunde, darunter Odilon Barrot.<sup>2)</sup> Rochow berichtet, mit den Radikalen stehe auch der Minister Broglie in Verbindung, und daher erwachse die starke Opposition in der französischen Kammer. Thiers habe seit dem 3. August keine Befehle an Montebello erlassen, und doch tröstet sich Rochow, die radikale Partei vergesse immer, dass alle Mächte verbunden seien.<sup>3)</sup>

Durch die Verhaftung Conseils trat die Angelegenheit in eine neue Phase. Aus den Berichten Rochows ist wenig Neues über diesen Zwischenfall zu erfahren; doch war er der Vertrauensmann Montebellos geworden und konnte dabei den diplomatischen Verkehr zwischen Wien und Paris genauer verfolgen. Rochow schreibt, Conseil sei ein Agent Gasparins, darin irrt er sich wohl. Conseil war vom Grafen Montalivet abgesandt worden, der Minister des Innern war und das Vertrauen des Königs besass.<sup>4)</sup> Die Untersuchung, meint Rochow, sei mit allem Eifer betrieben worden, um Montebello in Paris blosszustellen; der Bericht von Dr. Keller sei einseitig, leidenschaftlich. Rochow ist nun der Ansicht, die Schweiz werde von sich aus nie zur innern Ordnung und Ruhe gelangen, die Mächte sollten daher vermittelnd eingreifen und etwa auf die Mediationsakte zurückgehen.<sup>5)</sup> Doch Rochow konnte gleich darauf bemerken, wie sich die Mächte

1) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 14. August 1836.

2) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 19. Januar 1837.

3) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 28. August 1836.

4) Hillebrand I, 615.

5) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 12. November 1836.

vom politischen Kampfplatz zurückzogen und wie den schweizerischen Staatsmännern der Mut wuchs. Er meldete, am 27. September sei die Note Montebellos vorgelesen worden, da habe Stockmar gerufen: „Mr Louis Philippe oublie l'origine d'où il est sorti, nous avons soin de le lui rappeler.“ Selbst Apponyi in Paris bezweifelte, dass die Mächte sich den Massregeln Frankreichs anschliessen könnten.<sup>1)</sup> Bombelles beantragte zwar in Wien die Sperre; doch Metternich hatte zur Genüge erfahren, dass auf Frankreich kein Verlass sei, und deshalb stellte er an Louis Philipp und an seinen Minister Molé, der seit dem 25. August an Thiers Stelle sass, bestimmte Forderungen. In einer Note vom 17. Oktober 1836 an Apponyi in Paris befahl er diesem, sich vom französischen Ministerpräsidenten folgende Punkte beantworten zu lassen:

1° Lorsque le cabinet français aura obtenu satisfaction de ses griefs particuliers, se décidera-t-il à établir contre la Suisse un blocus commercial en commun avec les autres Etats voisins de ce pays?

2° Est-il disposé à renforcer de blocus commercial par celui des personnes qui existe de fait aujourd'hui entre les deux pays par la suspension des relations diplomatiques?

3° Juge-t-il à propos que le blocus ou commercial ou personnel soit accompagné du rappel des Ambassades et Legations des Cours residant en Suisse?

Im gleichen Schreiben äusserte sich Metternich, wenn Frankreich nach Erledigung des Conseil-Handels die Frage der Flüchtlinge fallen lasse, so beabsichtige Oesterreich den politischen Kampf gegen die Schweiz weiterzuführen — bis zum Ziel. Doch der österreichische Minister möchte zuerst wissen, was er von Molé erwarten dürfe. Metternich meint, die Zeit zum Einschreiten sei erst gekommen, wenn die Tagsatzung über den Widerstand der Kantone entscheide, inzwischen könne die Angelegenheit zwischen Wien und Paris überlegt und verhandelt werden.

Dr. Kellers Aufruf an das französische Volk war — wenn auch unbewusst — die Antwort auf die Machen-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 4. Oktober 1836. Vgl. Hillebrand I, 617.

schaften Metternichs. Kellers Schrift wirkte gewaltig in Paris, und Molé wurde in der Presse schonungslos angegriffen. Der französische Minister mahnte zwar Bombelles, sich durch die Presse nicht einschüchtern zu lassen, sein Schreiben bei jeder Gelegenheit zu zeigen und vorzulesen; doch in einem Begleitschreiben schloss Molé dann mit den Worten: „Si cela ne suffit pas par convaincre les Suisses, il faut y renoncer.“<sup>1)</sup> Die Gesandten Severin, Dusch und Bombelles hatten gewünscht, alle Nachbarmächte möchten unverzüglich die Sperre gegen die Schweiz verhängen. Nun zeigte es sich, wie sehr das Misstrauen Metternichs gegen Frankreich begründet war. Louis Philipp und Molé mussten die politische Stimmung der Franzosen berücksichtigen und konnten nicht mit Oesterreich zusammengehen. Selbst England war eine kurze Zeit für das Schicksal der Schweiz besorgt, und Palmerston hatte an Morier geschrieben: Le gouvernement britannique ne découvre pas dans la note adressée par la diète à la France une intention de blesser l'honneur d'un pays ami, mais la publication du rappel sur l'affaire Conseil lui paraît d'une nature plus grave et offensante pour le caractère diplomatique et moral du Représentant du Roi des Français. La Suisse fera donc bien de donner à cet regard des explications qui puissent satisfaire la France. Palmerston meinte, der Bericht über den Conseil-Handel hätte an sich nichts zu bedeuten, wenn man vorher von Frankreich entschieden Genugtuung verlangt hätte.<sup>2)</sup>

Molé hatte die Fragen Metternichs wegen der Sperre u. s. w. noch nicht beantwortet. Das Unternehmen Louis Napoleons in Strassburg kam dazu. In den Augen Oesterreichs und der andern Mächte waren die Radikalen daran ebenso schuldig, wie Napoleon. Dieser war noch einige Tage vorher bei Tavel gewesen — ein Beweis der Mitschuld.<sup>3)</sup> Metternich mischte sich wieder ein und wollte die Radikalen in den Prozess verwickeln. An Apponyi schrieb er (9. Nov. 1836): Je

---

1) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 27. Oktober 1836.

2) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 5. November 1836. Beilage.

3) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 5. November 1836.

regarderais comme fort utile que la question de la complicité du parti radical en Suisse ne fût jamais perdue de vue.<sup>1)</sup>

Minister Molé schien sich durch die Opposition im eigenen Lande nicht einschüchtern zu lassen; doch liess er sie auch nicht ganz unbeachtet. Er suchte in der Antwort auf die angeführten Fragen Metternichs einen Mittelweg, und demnach lautete seine unbestimmte Zusage zur gemeinsamen Aktion gegen die Schweiz:

1<sup>o</sup> Sans aucun doute dès qu'il sera prouvé que, soit par mauvaise volonté, soit par impuissance et faiblesse des cantons, le conclusum ne reçoit pas son execution.

2<sup>o</sup> Il est impossible encore de prendre une détermination sur ces détails; cela dépendra de la solution de la question principale s'il faudra ou non recourir à l'emploi de mesures coercitives.

3<sup>o</sup> Rappeler nos Légations, c'est abandonner complètement l'affaire; c'est nous priver de tous les moyens d'y excercer une action et une influence quelconques, c'est la livrer à la merci du parti révolutionnaire.“ Auch Molé äusserte die Ansicht, der Beginn des neuen Jahres und der Uebergang des Vorortes an Luzern sei der richtige Zeitpunkt, um gegen die Schweiz einzuschreiten.<sup>2)</sup> Inzwischen erhob sich in der französischen Kammer der Sturm für die Schweiz, und das Gebaren des Königs und Montalivets wurde an den Pranger gestellt. Doch indem Louis Philipp in seiner Thronrede die guten Beziehungen zur Schweiz feierte und von inniger Freundschaft sprach, gewann er freie Hand für die Zukunft und streute der Oppositionspartei Sand in die Augen.<sup>3)</sup> Freilich, die geplante Aktion durfte nicht erfolgen, so sehr Metternich immer noch drängte; aber Molé gab noch im Januar 1837 Apponyi gegenüber die Zusicherung, sobald die Debatten in der Kammer erledigt seien, gehe Vicomte Belleval mit neuen Instruktionen nach der Schweiz, um zu handeln. Am 14. Februar kam Montebello wieder nach der Schweiz, doch ohne Instruktionen und Ap-

1) Metternich, Nachgel. Papiere VI, 151.

2) Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 5. Dez. 1836 und Beilage.

3) Vgl. Baumgartner II, 225.

ponyi meldete, er habe von Molé erfahren: qu'il s'agissait avant tout, d'obtenir que les réfugiés quittassent la Suisse, n'importe par quels moyens: qu'il valait mieux, arriver à ce résultat par un expédient semblable à celui dont on s'était servi à l'égard de Mazzini que par l'emploi de moyens coercitifs envers la confédération helvétique si elle ne satisfaisait pas par elle même aux justes réclamations des puissances . . . .<sup>1)</sup> Die radikale Partei hatte in der französischen Kammer ihre besten Stützen. Metternich stand wieder allein mit seinen Trabanten des Ostens; der Schweiz war damit geholfen.

Auch der Nuntius hatte während dieser kritischen Zeit versucht, auf die schweizerischen Verhältnisse einzuwirken. Ihm war es daran gelegen, die bestehenden kirchlichen Zustände zu erhalten; doch gelegentlich verknüpfte er gern die religiösen und die politischen Fragen, um das Interesse der Diplomatie in seine Dienste zu ziehen. So schrieb er einmal an Rochow, Mazzini habe gesagt: Nous sommes perdus comme parti politique, relevons nous comme parti religieux. Er erschien auch persönlich bei Rochow und bat ihn gegen die Kantone Aargau, Thurgau und Zürich zu unterstützen, weil daselbst die Klostergeistlichen bei der Uebnahme der Verwaltung durch die Behörden misshandelt worden seien. Die Regierung der Kantone wolle mit diesen Massnahmen nur der Revolution vorarbeiten, und diese werde dann auch Bayern erfassen.<sup>2)</sup> Alles ziele auf die Unterdrückung aller Klöster ab; Preussen möge den Nuntius während der kommenden Tagsatzung unterstützen.<sup>3)</sup> Louis Philipp stand entschieden zur Sache des Papstes und der katholischen Kirche. Montebello sollte über die „Rechte der Kirche“ wachen; er betrachtete dieses religiöse Zerwürfnis nur als Mittel zum Zwecke.<sup>4)</sup>

Die folgenden Berichte Rochows sind nicht von wesentlichem Interesse. Vom Dezember 1836 bis Juni 1837 weilte

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht v. 16. Februar 1837.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 1. August 1836.

<sup>3)</sup> Vgl. Baumgartner II, 211, 212.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 20. April 1836.



er meistens in Berlin. Einem Bericht Werthers vom Juni 1838 entnehmen wir noch eine Beurteilung der kirchlichen Verhältnisse. Es führt aus: die Ereignisse in Köln mussten die Radikalen an die Badener Artikel erinnern und an Pruntrut; derselbe Streit wesentlicher Staatsrechte gegen hierarchische Immunitäten und Uebergriffe, freilich mit dem Unterschiede, dass dieser Streit hier von Seiten der konföderierten schweizerischen Regierungen durch unordentliche Prozeduren falsch eingeleitet war. Doch sieht Werther in Pruntrut dieselbe Entschlossenheit der Ultramontanen, ihre „vermeintlichen Ansprüche“ durchzusetzen, wenn nicht *durch* die Regierung, so *gegen* sie. „Hier wie in Belgien und Frankreich kann man sich überzeugen, dass die Ultramontanen seit geraumer Zeit klar zu dem Entschluss gekommen sind, im Notfalle *die Revolution* für ihre Zwecke zu benutzen, ihre Sache zur Volkssache zu machen, namentlich ihr die Gunst des Märtyrertums zu erwerben und so, wo es nicht von oben herab geht, von unten herauf die verlorene Herrschaft wieder zu gewinnen. Die Ultramontanen erinnern sich, dass die katholische Kirche einst durch die Glorie des Märtyrertums die heidnische Welt überwunden und wollen nun, wahrscheinlich infolge förmlicher Instruktion des leitenden Komités dieses Beispiel nachahmen.“ Zürich, St. Gallen, Luzern und Bern vernahmen die Schritte Preussens in Köln mit Wohlgefallen; sie entfachten in ihnen neuen Mut, Glarus trat fester auf; doch meint Werther, es sei wesentlich Schadenfreude. Die aristokratisch-hierarchische Partei missbillige die Massnahmen Preussens und sei bis zu Wutausbrüchen gegen den preussischen König gereizt.<sup>1)</sup>

Während der ersten Hälfte des Jahres 1839 war Rochow wieder auf Urlaub in Deutschland. Sein Vertreter Weitlich meldete die Ankunft Reinhardts, des neuen französischen Gesandten, und beobachtete, wie das Pariser Kabinet sich immer mehr vom politischen Kampfplatz zurückzog. Metternich hatte seine Bemühungen in Paris nicht eingestellt; aber mit seinem Rate, nicht die Ausweisung, sondern die Aus-

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 19. Juni 1838. Vgl. Schweizerboten 1838 und Allg. Schweizer Zeitung 1838.

lieferung Napoleons zu fordern, kam er zu spät. Frankreich wollte den Schein der Eintracht gegenüber der Schweiz wahren und sah von einer neuen Note in diesem Sinne ab.<sup>1)</sup> In kirchlichen Fragen hielt sich Frankreich weniger zurück. Der Gesandte war beauftragt, den Nuntius mündlich zu unterstützen, und Bombelles hatte natürlich auch Instruktionen in diesem Sinne. Weitlich meldete: Geistliche aus Luzern behaupten ohne Hehl, dass die Wiederherstellung der Klöster in Luzern dem Eifer Bombelles zu verdanken sei. Reinhardt und Bombelles hatten dem Nuntius versprochen, Hess, den Präsidenten der Tagsatzung (1838), zu bearbeiten, und sie waren zu diesem Zwecke anfangs April in Zürich erschienen. Hess empfing sie höflich, doch liess er sie keineswegs hoffen, dass ihr Schritt Erfolg haben könnte.<sup>2)</sup>

Als Rochow anfangs Juli nach der Schweiz zurückkehrte, war sein Nachfolger schon ernannt. Es war Bunsen, den „man nicht in Berlin haben wollte“.<sup>3)</sup> Zu gleicher Zeit kam Mortier als Nachfolger Reinhardts, und er sagte Tscherner gegenüber, dass er in seiner künftigen Stellung seinen Schwager Rumigny zum Vorbild nehmen werde.<sup>4)</sup> Das waren für die Schweiz hoffnungsvollere Männer.

---

<sup>1)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 23. August 1838. Vgl. Baumgartner II, 286 ff.

<sup>2)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 19. April 1839.

<sup>3)</sup> Kelchner, Briefe Rochows, pag. 182.

<sup>4)</sup> Geheimes Staatsarchiv, Berlin, Bericht vom 7. Juli 1839.